

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
 erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei
 in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer
 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unerer
 Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal.
 (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)
 Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
 beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-
 Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW.,
 Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.
 Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an
 Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Deutscher Zucker und deutsche Zuckerarbeiter.

Zu den profitabelsten Erwerbszweigen unternehmender
 Junker und anderer Großkapitalisten gehört die Zucker-
 industrie. Der Staat steht ihr nach zwei Richtungen hin
 schänkend zur Seite, negativ in Rücksicht auf den völligen
 Mangel irgend eines Arbeiterschutzes, und positiv
 durch die außerordentlich fetten Ausfuhrprämien,
 welche den Zuckermachern in den Schooß geworfen werden.
 Diese Exportbonifikationen bewirken, daß der zuckerfabri-
 zierende leinliche Patriot den Briten sein christlich-
 germanisches Produkt billiger verkauft, als seinen biederen
 Rivalen, aus deren Sädel die Prämien bezahlt werden.
 Einer, der es wissen muß, hat gesagt, daß, wenn auch der
 ausgeführte Zucker im Meere verfaule, die Exporteure insolge
 der vom Reich geleisteten Ausfuhrvergütung doch noch ein
 recht gutes Geschäft machen würden.

Beträgt doch der staatliche Zuschuß zu der Ausfuhr-
 prämie für den Doppelzentner 8 M. 50 Pf. Da nun die
 Ausfuhr für 1888-89, in Rohzuckerwerth ausgedrückt, die
 Höhe von 6,1 Millionen Doppelzentnern erreichte, so zählt
 der Staat, d. h. die Steuerzahler zum Nutzen der
 Zuckerlords 12 800 000 M. Hierzu kommen die großen
 Ausfuhrprämien für Raffinaden und die der Melasse-
 Entzuckerung (etwa 440 000 Doppelzentner) zu Gute kom-
 mende Ausfuhrprämie.

Wie nothwendig die Zuckerindustrie ist, dafür sprechen
 folgende aus dem amtlichen Organ der Zuckerindustriellen,
 der „Deutschen Zucker-Industrie“ geschöpfte An-
 gaben über — Dividenden des letztverflohenen Ge-
 schäftsjahres. Es gab z. B.

Zuckerrefinerie Magdeburg	7 pCt.
Oberlausitzer Zuckerfabrik Löbau i. S.	8 "
Zuckerrefinerie Halle a. S.	10 "
Trachenberger Zuckerraffinerie	14 "
Zuckerfabrik Frankfort	18 "
Zuckerfabrik Kosen	25 "
Zuckerfabrik Wendessen	33 1/2 "

Diese Angaben lassen sich beliebig vermehren. Und
 nun steht fest, daß in die Riesengewinne der Produktion und
 der Prämien sich, wie Nathle's Archibuch ausweist,
 ca. 400 Unternehmungen — soviel gab es im Kampagne-
 jahr 1889/90 — theilen. Davon treffen 210 auf Preußen
 und zwar 8 auf Pommern, 14 auf Brandenburg, 15 auf
 Posen, 19 auf Westpreußen, 44 auf Hannover, 58 auf
 Schlesien, 126 auf die Provinz Sachsen.

Blüht der Weizen der Kapitalisten, so geht es den
 „Händen“ um so kläglicher, wie wir sogleich zeigen
 werden.

Feuilleton.

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Im Juni waren die Kornfelder schon hoch, hoben
 sich in blaugrünen Fäden von dem schwarzen Grün der
 Zuckerrüben ab und verschwammen dann in einem
 endlosen Meer, dessen Wellen der leiseste Windhauch
 wogend schwellte. Und täglich mehrte sich die grüne Fluth.
 Oft, wenn Stephan Abends heimkehrte, war's ihm, als sei
 sie schon wieder gewachsen. Und auch die Pappeln um-
 feberte frisch grünes Blattwerk; auf der Halbe vor dem
 Boreux sproßten Kräuter; Blumen bedeckten die Wiese;
 überall leimte neues Leben aus dem Erdboden, unter dem
 tief unten in der Grube der müde Schatten des Glends
 wankte.

Jetzt scheuchte Stephan, wenn er Abends promenirte,
 die Liebespaare nicht mehr hinter der Halbe des Boreux auf;
 er konnte in den halmgeknickten Furchen der Getreidefelder
 ihre Spuren verfolgen, bis zu den heimlichen Nestern aus
 Kornähren und rothen Wohnblumen, darin sie sich versteckten.
 Dort überraschte er Zacharias und Philomenen, Jeanlin und
 Lybia, welcher die Brule unausgesetzt auf den Fersen war,
 und die Rouquette mit ihren Liebhabern. Dies Alles
 schien ihm harmlos und naturgemäß. Nur wenn er Katha-
 rinen und Chaval begegnete, schnürte es ihm die Brust
 zusammen; dann war ihm das weite Feld zu eng und er
 eilte heim, um in der Wirthsstube den Abend zu ver-
 bringen.

Frau Raffeneur, geben Sie mir ein Glas Bier, ich
 bin wie zerfallen, ich bleibe zu Hause!

So nothwendig auch das Eingreifen der Gesundheits-
 polizei gerade in Rücksicht auf den Betrieb von Zuckerfabriken
 ist, so hat doch das Land, dessen herrschende Parteien sich
 berühren, die Sozialreform in Erbpacht zu haben, das
 Deutsche Reich nämlich sich bis heute ganz passiv verhalten,
 während Frankreich, Belgien, Schweden, Desterreich min-
 destens gegen die durch den Betrieb einer Zuckerfabrik ent-
 stehenden Schädlichkeiten für die Umgebung gesetzgeberische
 Maßnahmen getroffen haben. In Deutschland dagegen
 können Zuckerfabriken ohne besondere Genehmigung der Be-
 hörden angelegt werden.

Nun bedenke man, daß in dieser Industrie sehr viele
 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, die auf einen
 engen Raum meist in ländlichen Bezirken zusammengebrängt
 sind. In der Provinz Posen wurden in der Kampagne
 1883-84 5628, in der bayerischen Pfalz in drei
 Fabriken im Jahre 1883 1146, im Jahre 1884 1411 Ar-
 beiter beschäftigt. Es liegt klar zu Tage, daß die von allen
 Seiten zusammenströmenden Arbeiter aus ihrer Heimath
 Infektionskrankheiten einschleppen und ferner durch ihr Zu-
 sammenleben unter unglücklichen Lebens- und Unterkunfts-
 verhältnissen die Veranlassung zum Ausbruch von Epidemien
 geben können. Die Magdeburger Regierung, in deren Be-
 zirk die Zuckerbarone und Zuckerspekulanten gar üppig ge-
 deihen, hat deshalb bereits im Jahre 1857 gefordert, daß
 in die Zuckerfabriken nur Arbeiter aufgenommen werden
 dürfen, deren Gesundheit ärztlich bezeugt ist.

Doch uns interessieren zunächst die Schädlichkeiten, welche
 dem Arbeiter im Betriebe drohen. Dr. Kötter unterscheidet
 zwei Gruppen, von welchen die eine durch die verschiedenen
 Manipulationen bei der Darstellung des Zuckers, die sogenan-
 nten Stationen, die andere durch die Zuckerfabrik als
 solche in ihrer inneren Anlage erzeugt werden.

Das erste Moment, das auf die Gesundheit des Ar-
 beiters schädlich einwirkt, ist die bei einer großen Zahl von
 Stationen herrschende Hitze. Sie tritt hauptsächlich auf
 bei der Verdampfung des Dinnstafes behufs Ueberführung
 in den Dickstaf, bei dem Verlöthen des Dickstafes im Vakuum
 auf Füllmasse und endlich bei der Verarbeitung der Füll-
 masse zu sogenannter weißer Masse. Hohe Temperaturen
 treten ferner auf bei der Zuckergewinnung aus der Melasse
 nach dem Dubrunfaut'schen Verfahren. Die härteste
 und gefährlichste aller dieser Arbeiten ist die Ueber-
 führung der Füllmasse in die Verkaufswaare. Diese Ope-
 ration geht in den sogenannten Füllstuben vor, wo die
 Temperatur durchgängig 40 Grad Celsius beträgt, damit die
 Krystallbildung in den Formen eine gleichmäßige sei. Diese

*) Vergl. für das folgende Dr. C. Kötter's ausge-
 zeichneten Aufsatz: Die gesundheitlichen Nachteile der Zucker-
 fabriken und deren Beseitigung, in der deutschen Vierteljahrs-
 schrift für öffentliche Gesundheitspflege, XXI. Band, 4. Heft,
 Braunschweig 1886.

Und sich an einen Kameraden wendend, der gewöhnlich
 einsam am letzten Tische saß, den Kopf an die Wand ge-
 lehnt, fragte er:

„Trinkst Du einen Schoppen mit mir, Souvarine?“

„Nein, danke!“

Souvarine war Maschinist im Boreux und bewohnte
 oben das Zimmer neben dem seinen. Er mochte dreißig
 Jahre alt sein, war schlank, blond, mit einem feinen Ge-
 sicht, langem Haar und einem zierlichen Bart. Seine spitzen,
 weißen Zähne, sein kleiner Mund, die edle Nase und das
 zarte Roth seiner Wangen gaben ihm ein fast mädchenhaftes
 Ansehen, das nur zuweilen vor dem wilden Aussehen
 seiner stahlgrauen Augen verflüchtete. In seiner ärmlichen
 Kammer gab es nichts wie eine Kiste voll Papieren und
 Büchern.

Er war Russe, sprach niemals von sich und kümmerte
 sich nicht um die Reden der Anderen, die einem Fremden
 gegenüber mißtrauisch, ihn wegen seiner kleinen Hände für
 keinen Arbeiter hielten, sondern vielmehr an irgend ein Aben-
 teuer glaubten, an ein Verbrechen vielleicht, das ihn zur
 Flucht aus seiner Heimath getrieben. Erst allmählig war dies
 Mißtrauen gewichen, und weil er sich so kameradschaftlich
 und ohne allen Stolz mit Allen zeigte und so freundlich mit
 den Kindern im Arbeiterdorfe that und ihnen all' sein
 Kupfergeld schenkte, meinte man, er sei wohl eher ein poli-
 tischer Flüchtling. Diese etwas unklare Vorstellung mit
 ihren dunklen Bildern von Leid und Noth erwarb ihm die
 Sympathie der Kohlenarbeiter.

In den ersten Wochen war Souvarine sehr zurück-
 haltend gegenüber gewesen; erst später wurde er
 vertraut und erzählte ihm seine Geschichte. Er war der
 jüngste Sprosse einer abeligen Familie aus dem Gouverne-
 ment Kula, hatte in Petersburg Medizin studirt, und dann,
 mitgerissen von der sozialistischen Strömung, welche die
 ganze russische Jugend begeisterte, ein Handwerk erlernt;

ausreibende Thätigkeit, eine kleine Vorschule für — Plan-
 tagenarbeit in Kamerun, wird zum Theil noch dadurch ver-
 schlimmert, daß die Arbeiter durch Handarbeit die Füllung
 der hierzu nöthigen Formen besorgen und dabei bis 60 Pfund
 tragen müssen; zumeist sind jetzt, um diese angreifende Ar-
 beit etwas zu erleichtern, mechanische Füllvorrichtungen ein-
 geführt. Noch höher, bis zu fünfzig Grad Celsius, ist die
 Temperatur auf dem Trockenboden; in den durch
 Dampf geheizten Trockenstuben oder Stoven ist der Aufent-
 halt geradezu unerträglich.

Bei dem Os-mose-Verfahren sind die Zustände
 ähnlich, da hier die Flüssigkeiten bis zu 80 und 90 Grad
 Celsius erhitzt werden müssen, da nur so die Reinigung der
 Melasse von salzigen Bestandtheilen derrauchen erfolgen kann,
 daß sie Zucker auskrystallisiren läßt. Ebenso herrscht bei
 dem Randiskothen eine Temperatur bis 60 Grad in
 den Trockenstuben.

Dr. Kötter fordert, daß nur die kräftigsten, vorher
 vom Arzt untersuchten Arbeiter „auf die heißesten Posten“
 gestellt werden, er betont aber zugleich, daß derselbe
 Arbeiter, und wenn er noch so robust ist, nie dauernd an
 demselben Platze thätig sein sollte. „Denn für längere Zeit
 kann der kräftigste und zähste Körper Temperaturen, die
 zwischen 35 und 50 Grad schwanken können, nicht er-
 tragen; früher oder später treten die nachtheiligen Folgen
 hervor.“

Zu der Verarbeitung des Rübensafes als Wärmequelle
 tritt die Beleuchtung, die gleichfalls die Wärme steigert und
 die Luft verschlechtert. Elektrisches Licht ist eine Nothwen-
 digkeit für den Betrieb der Zuckerfabriken, und da Dampf-
 maschinen vorhanden sind, ist die Reform leicht durchführ-
 bar und keineswegs besonders kostspielig. Dann dürften gar
 manche Unfälle, die eine Folge mangelhafter Beleuchtung
 sind, wegsallen.

Nicht bloß die Hitze, sondern auch der scharfe
 Temperaturwechsel ist ein besonders schädliches Mo-
 ment. Der Uebergang von hohen zu sehr niedrigen Tem-
 peraturen findet z. B. statt beim Strontianverfahren in der
 Melasseverarbeitung. Der Zusatz des Aethronians muß in
 die lochendheiße Masse, also bei hohen Wärmegraden statt-
 finden; das Gemisch muß aber so rasch als möglich in Räume
 geschafft werden, deren Temperatur nur wenig über den
 Nullpunkt sich erhebt, da die Zersetzung des gebildeten
 Strontiansaccharats nun in der Kälte ungestört sich voll-
 zieht. Aber auch sonst sind Erältungen der Arbeiter
 und infolge dessen Lungenkatarrhe und rheuma-
 tische Beschwerden sehr häufig, wobei für die Lungen-
 katarrhe die Einathmung des in der Atmosphäre massen-
 haft vorhandenen Staubes mit in Betracht zu ziehen ist.
 Dazu kommt, daß die Arbeiter, um ein natürliches Bedürfnis
 zu verrichten, aus der tropischen Hitze der Arbeitsräume sehr oft
 bei wintertlicher Außentemperatur auf die Latrine gehen muß,
 obwohl, wenn eben nicht Profitucht und Gleich-

die Mechanik, um sich unter das Volk zu mischen, es kennen
 zu lernen und ihm wie ein Bruder zu helfen.

Danach theilte er sich an einem Anschlag gegen das
 Leben des Kaisers; einen Monat lang lebte er versteckt in
 dem Keller eines Gemüsehändlers, unter der StraÙe eine
 Mine grabend, Bomben fertigend, und jeden Tag der Gefahr
 ausgesetzt, mit dem ganzen Hause in die Luft zu fliegen.
 Die Verschwörung wurde entdeckt; er flüchtete. Seine
 Familie hatte ihn verstoßen und verleugnete ihn; von den
 französischen Werkstätten ward er als Fremder und Spion
 auf den Index gesetzt; fast wäre er verhungert; als ihn
 endlich die Kompagnie von Montsou in einem Augenblick
 plötzlichen Bedarfs engagierte. Seit einem Jahre arbeitete
 er im Boreux, verfaß abwechselnd eine Woche den Tag, die
 andere den Nachdienst und war als ein fleißiger und mäßiger,
 aber wenig mittheilsamer Arbeiter bekannt, der wegen seiner
 Pünktlichkeit den Anderen als Vorbild genannt wurde.

„Hast Du denn niemals Durst?“ fragte Stephan ihn
 lächelnd.

Er antwortete mit seiner weichen Stimme, fast ohne
 jeden fremden Accent:

„Ich habe Durst, wenn ich esse.“

Dann, als der Andere neckend vorgab, er habe ihn
 unweit der Seidenstrümpfe mit einem Kohlenmädche ge-
 sehen, suchte er gleichmüthig die Achseln: Warum sollte er
 das thun? Für ihn seien die Mädchen in der Grube Kame-
 raden, wie die Männer, wenn sie freundlich seien und müthig
 wie diese. Aber sonst? Nein! Er wolle kein Weib, keinen
 Freund, kein Band, nichts, er wolle frei sein.

Jeden Abend, wenn das Wirthshaus sich leerte, blieb
 Stephan noch mit Souvarine plaudernd zusammen. Er trank
 langsam sein Bier, und der Russe rauchte Zigarretten, die
 ihm die schmalen Finger bräunten, während sein träumerisch
 blickendes Auge dem Rauch nachschaute und seine freie Hand
 nervös ins Leere griff. Oft liebte er ein großes Kaminden,
 das, fast immer trüchtig, frei im Hause herumlief. Das

giltigkeit der Unternehmer gegen die Gesundheit der Arbeiter hinderten, eine Aenderung leicht durchzuführen wäre.

Neben den wechselnden Temperaturen kommen die bei den einzelnen Phasen der Zuckersfabrikation entstehenden Gase zur Geltung, in erster Linie das Ammoniak. Schon bei dem ersten Akte der Bearbeitung des rohen Rübenraffins, bei der Station der sogenannten Scheidung, entwickeln sich große Quantitäten dieses Gases. Und dies dauert fort bis nach Beendigung der Operationen zur Herstellung der Füllmasse, um dann wieder bei der Verarbeitung der Melasse mit Plution und Substitution wieder sich fühlbar zu machen. Nach R. von Wagner kann eine Fabrik, die jährlich 200 000 Zentner Rüben verarbeitet, 877 Zentner Ammoniumsulfat gewinnen, die deutschen Zuckerraffinerien würden demnach, einen Rübenkonsum von 70 Millionen Zentnern angenommen, über 300 000 Zentner schwefelsaures Ammoniak erzeugen können.

Schädlich wirkt ferner die bei der Entkalkung des Saftes und beim Betrieb der mit der Zuckersfabrik verbundenen Kalköfen produzierte Kohlensäure. Belästigt werden die Arbeiter durch Kohlensäure auch durch Austritt aus den Heizkesseln des Ofens.

Noch viel mehr gefährdet sind die Arbeiter im Gärhause der Knochenkohle. Die hierbei entstehenden Gase, gehören zu den widerwärtigsten und auf die Gesundheit nachtheiligsten einwirkenden.

Die Gase wirken aber, wie Rother feststellte, nicht nur auf die Athmungsorgane, sondern auch auf die Schleimhäute der Augen, indem die Augenbindehäuteentzündungen durch die Gase hervorgerufen werden. Eine gute Ventilation könnte sehr viel bessern, aber die Jagd nach der Dividende und der Mangel jeder Schutzbestimmung ist für die Arbeiter der Quäl mannigfacher schwerer Leiden.

Zu den gasigen Verunreinigungen kommen noch die staubigen Beimengungen, so durch den Aesfall, durch das Pulvern des Kalks u. s. w. Durch den Aesfall werden sehr oft Lungenerkrankungen und Augenentzündungen erzeugt. Für die Augen wird noch besonders gefährlich die Arbeit mit dem Strontianhydrat, welches beim Mischen mit der Melasse leicht ins Gesicht spritzen kann.

Eine spezifische Berufskrankheit der Zuckerarbeiter ist die Kurunkelbildung, die nur durch peinliche Reinlichkeit und häufiges Baden verhütet werden kann. Wo bleibt aber dem mit niedrigen Löhnen bei sehr langem Arbeitstag thätigen Zuckerarbeiter Zeit und Geld zur Körperpflege!

Zahlreich sind auch die Erkrankungen der Arbeiter durch Insekten, vorzüglich durch Bienenstiche.

Welche schwere physische und sittliche Schäden die erbärmlichen Wohnungsverhältnisse für die Zuckerarbeiter im Gefolge haben, ist bekannt.

Rother fordert mit Recht die Intervention des Reichs, u. A. verlangt er Aufnahme der Zuckersfabriken unter die nach § 16 der Gewerbeordnung genehmigungspflichtigen Anlagen, vorherige ärztliche Untersuchung der Arbeiter, Einrichtung von den strengsten Anforderungen der Gesundheitspflege, entsprechenden Wohn- und Schlafräumen, gute Ventilation der Fabrikräume, Wechsel der Arbeiter auf den einzelnen Stationen.

Wir können uns diesen Forderungen vollinhaltlich anschließen. Aber fest zu halten ist, daß nur eine gute Arbeiterschutz-Gesetzgebung, welche den Normalarbeitstag zur Wirklichkeit macht, die Fabrikinspektion gründlich durchführt, die Lohn- und Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse verbessert, Erhebliches auch auf diesem Gebiete leisten kann.

Die Agenten der Zuckerbarone im Reichstage sind dafür freilich nicht zu haben.

Hoffentlich wird die deutsche Arbeiterschaft den nächsten Reichstag etwas demokratischer machen.

Politische Uebersicht.

Die gestrige Sitzung des Reichstages mit der Tagesordnung: „Einklage des Reichstages gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ begann bei

Hier, das er Polonia genannt, hatte ihn lieb gewonnen, kam, sobald er dort sah, zu ihm, beschnupperte seine Beinleiber und kratzte ihn mit der Pfote, bis er es wie ein Kind auf seinem Schoß bettete. Dann schloß es die Augen und seine langen Ohren klappten herab; während der Ruffe unaufhörlich mit träumender Hand über das seideweiche, graue Fell fuhr.

„Ich habe wieder einen Brief von Pluchart bekommen,“ sagte Stephan eines Abends, als schon der letzte Gast ins Arbeiterdorf zurückgekehrt war und Raffeneur sich mit seinen Pensionären allein befand.

„Ah!“ rief der Wirth, „und wie weit ist Pluchart?“ Seit zwei Monaten unterhielt Stephan eine lebhafteste Korrespondenz mit dem Wertmeister von Lille, dem er sein Engagement in Montsou mitgetheilt hatte und der, hingeworfen von dem Gedanken, unter den Minenarbeitern für seine Ideen Propaganda zu machen, ihn unterrichtete.

„Es scheint, der Verein wächst; von allen Seiten strömen Parteigenossen heran,“ antwortete Stephan.

„Was hältst Du von ihrem Verein?“ fragte der Wirth Souvarine.

Dieser, sanft den Kopf der Kaninchenmutter streichelnd, blies eine Rauchwolke in die Luft, dann versetzte er mit halbblauer Stimme:

„Wieder neue Dummheiten!“

Aber Stephan wurde lebhaft. Von Natur empfänglich für revolutionäre Ideen begeisterte ihn der Kampf der Arbeit gegen das Kapital. Es handelte sich um den internationalen Arbeiterverband, der eben in London gegründet worden. War das nicht ein herrliches Unternehmen, ein Feldzug, darin die gerechte Sache triumphiren mußte? Welch eine unendliche Perspektive! Keine Grenzen werden mehr die Brüder trennen; verbunden untereinander, werden die Arbeiter der ganzen Welt sich ihr Brot sichern. Und wie einfach in ihrer Großartigkeit ist die Organisation: Erst die Sektionen, welche die Kommunen vertreten; dann diese Sektionen zu Föderationen gruppirt; darüber die Nationen, und endlich die ganze Menschheit in dem Generalrathe dargestellt, worin jede Nation durch Sekretäre vertreten ist. In weniger als sechs Monaten würde man den ganzen Erdbreis

sehr schwach besetztem Hause es waren keine 100 Mitglieder vorhanden — und gut besetzten Tribünen. Das Interesse des Publikums an den Verhandlungen ist also stärker als das Interesse der pflichtmäßig anwesend sein sollenenden Volksvertreter. Das größte Kontingent der Fehlbenden stellen die Herren Nationalliberalen, sehr schwach ist auch das Zentrum vertreten, fast ganz fehlen Flügel und Polen.

Der erste Redner ist der Abg. Reichensperger, welcher für eine Ueberwindung des Gesetzes an eine Kommission von 28 Mitgliedern sich ausspricht, im weiteren aber sich auch gegen das ganze Gesetz erklärt. Ob im Namen der seiner Behnunasgenossen im Zentrum, darüber beobachtet der Redner gemessenes Schweigen. Er ist der Meinung, das Gesetz treffe nicht bloß die Sozialdemokraten, sondern auch den weitaus größten Theil derjenigen Arbeiter, die noch nicht im Fahrwasser der Sozialdemokratie seien, dadurch aber ins sozialdemokratische Lager getrieben würden. Der Redner bestreitet, daß durch die Verewigung des Gesetzes der Ausnahmeharakter desselben geschwächt oder gar beseitigt werde, wie die Motive behaupteten, und zeigt die Widersprüche, in welchen die Motivoirung der Vorlage durch die Regierungen sich bewegten. Es sei auch ein Irrthum, anzunehmen, daß die Sozialdemokraten nur Verwirre seien, es zeige sich vielmehr, daß wenigstens unter den Führern sehr begabte und überzeugte Männer seien. Er müsse fragen, ob es wohlgethan sei, einem Reichstag ein Votum über ein dauerndes Ausnahmengesetz wie das vorliegende zuzumuthen, das so weite Bevölkerungsklassen treffe und, wenn einmal erlassen, nie wieder aufgehoben werde. Er erinnere an das Votum des Reichstages im Jahre 1882 gegen das Expatrationsgesetz, das, obgleich damals die Beseitigung desselben mit großer Majorität beschlossen worden sei, heute noch bestche.

Im weitern Verlaufe erinnert Redner an das Verfahren der rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer gegen die Bergarbeiter, das weit mehr die Frage vorlege, ob nicht ein Ausnahmengesetz gegen die Unternehmer, die so die Rechte der Arbeiter verkümmerten, notwendig sei. Auch an die Verkümmernng des Wahlrechts durch die Kapitalmacht erinnerte der Redner, an Vorgänge, wie sie hier im Reichstag zur Sprache gekommen seien und die nothwendig die Erbitterung der Arbeiter aufs höchste steigern müßten.

Dem Redner des Zentrums folgte jener der Nationalliberalen, Herr v. Cury, der sich zunächst bei dem Vorredner bedankte, daß er die Majorität gegen die „Verächtigung“ in Schutz nehme, sie stimmte „leichten Herzens“ dem Gesetz zu. Der Redner wiederholt alle die besannten Argumente, die nationalliberalerseits für die Verlängerung des Gesetzes angeführt wurden, diese genügen ihm jetzt für die „Verewigung“ des Gesetzes. Redner erörtert dann, wieso das gemeine Recht nicht auf die verfolgenden Bestrebungen angewandt werden könne, und alle Veruche geseheitert seien, dies herbeizuführen. Das habe in vollkommener zutreffender Weise sein Freund, der Abg. Kuhlmann in der von ihm dieser Tage veröffentlichten Schrift dargelegt. Die Weisheit, die in dieser Schrift enthalten sein soll, behält leider der Redner für sich. Der Paragrph über den kleinen Belagerungszustand ist ihm persönlich zunächst bedenkenlich. Doch werden die Bedenken, die er gegen den Paragrphen hat, in so schwächlicher Weise vorgetragen, daß man schon jetzt annehmen darf, dieser Widerstand wird besiegt.

Mit wahrer Beaeiferung erklärt er sich aber für die vorgeschlagenen Bestimmungen bezüglich des Preß-, des Vereins- und Versammlungs-Gesetzes; kämen die sozialdemokratischen Agitatoren ans Ruder, dann wäre es um alle diese Rechte gescheher. Der Zurs des Abg. Debel: „das solle man doch mal probiren“, rief zwar die allgemeine Heiterkeit hervor, land aber bei dem Redner kein Entsgegenkommen. Redner bemüht sich dann des weiteren, die Vortheile darzulegen, welche daraus erwachsen, daß künftig die Beschwerden gegen die Auflösung von Versammlungen auf dem gewöhnlichen Rechtswege, Verwaltungsgerichtsverfahren, entschieden würden. Zurufe der Linken, welche diese Anschauung als richtig bekräftigen, gaben dem Redner zu weiteren Erklärungen Veranlassung, die aber weder richtig noch stichhaltig waren. Auch die Zusammenfassung der Reichskommission findet nicht den Beifall des Redners, er will einen höchsten ordentlichen Gerichtshof, und zwar wo möglich das Reichsgericht als solches eingeseht haben.

Alsdann ergreift der Abgeordnete Liebknecht das Wort. Dem Abg. Cury gegenüber bemerkte er, daß die sogenannte Verewigung des Gesetzes nicht anders zu verstehen sei, als daß es so lange dauere, wie das heute herrschende System bestehen bleibe. Das wisse die Sozialdemokratie und gebe sich deshalb auch keiner Illusion hin. — Auf den Ursprung des Sozialistengesetzes zurückgreifend, führte der Redner an, daß 1878, als Hölzel seinen Revolver auf den Kaiser abfeuerte, Fürst Bismarck nach Berlin telegraphirte: Ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie her! Nachgewiesen ist nun worden, daß zu derselben Stunde, als Bismarck dies Telegramm abschickte, er durchaus keine Kenntniss hatte, wer dieser Attentäter sei und welcher Partei er angehöre. Es stellte sich erst später heraus, daß Hölzel ein Anhänger Stöcker's sei und der zweite Attentäter Nobiling ein waschechter National-

erobert haben und würde den Arbeitgebern, welche nicht nachgeben wollten, Gesetze dikiren.

„Dummheiten!“ wiederholte Souvarine. „Euer Karl Marx will die Naturkräfte allein wirken lassen; ohne Politik, ohne Verschönerung, nicht wahr? Alles bei helllichem Tage und einzig und allein um den Lohn zu erhöhen? Laßt mich doch in Ruhe mit Eurer Selbstentwidelung! Stedt die Städte an allen Ecken in Brand, mäht die Völker vom Erdboden, schleift die Häuser, und wenn nichts mehr von dieser faulen Welt übrig bleibt, dann vielleicht kann eine bessere entstehen!“

Stephan lächelte. Er verstand nicht immer, was der Kamerad sprach; aber dessen Theorie von der allgemeinen Zerstörung nahm er für eine leere Fabel. Raffeneur, als etablierter Geschäftsmann, dachte noch praktischer und hielt es ebensowenig der Mühe werth, dem Ruffen zu opponiren. Er sagte zu Stephan:

„Also, Du willst versuchen, in Montsou eine Sektion zu bilden?“

Dies war es, was Pluchart, welcher Sekretär der Föderation von Nordfrankreich war, anstrebte, indem er hervorhob, welche Dienste der Verband den Grubenarbeitern im Falle eines Streiks leisten könne. Und Stephan glaubte diesen Streik bevorstehend; die Geschichte mit dem Verzimmern müße unvermeidlich dahin führen; die Kompagnie dürfte nur ihre Drohungen wahr machen, und sämtliche Gruben würden sich erheben.

„Das Schwierige sind die Beiträge,“ erklärte Raffeneur. „Fünfzig Centimes jährlich für den Generalfonds, zwei Franks für die Sektion, das sieht wie nichts aus, und doch, wette ich, werden sich Viele daran stoßen.“

„Und das ist noch nicht Alles,“ fügte Stephan hinzu, „man sollte damit beginnen, hier eine Hilfskasse zu gründen, die uns im Falle der Noth den Widerstand ermöglicht. Macht nichts, kommt Zeit, kommt Rath. Ich bin bereit, sobald die Anderen es auch sind.“

Es entstand eine Pause. Die Petroleumlampe rauchte auf dem Schänktische; durch die offene Thür hörte man deutlich, wie ein Heizer im Boreuz die Dampfmaschinen mit Schaufeln Kohle speiste.

liberaler. Warum hat man diese Attentate den Sozialdemokraten an die Rockschöße zu hängen versucht? Welche Gründe bewegten Bismarck, ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie zu verlangen und zu diesem Zwecke den Reichstag aufzulösen? Es war eins von jenen Mitteln, die der Reichskanzler anzuwenden beabsichtigt, sobald er sich Sozialdemokratie gegenüber sieht, die seine persönliche Macht bedroht. Die Auflösung des Reichstags und die Durchbrückung des Einflusses waren lediglich die Mittel, einen Reichstag zu gewinnen, der in allen Fällen dem Reichskanzler gefügig sei. Den eigentlichen Zweck, mit dem Sozialistengesetz die Sozialdemokratie niederzuerwerfen, sei nicht erreicht, die Sozialdemokratie stehe heute nicht als Besiegte, sondern als Siegerin da: von Wahl zu Wahl hätte dies der grandiose Stimmengewinn bewiesen. Wenn auch Anfangs eine Partei Verwirrung einriß, so hätte die Partei sehr bald sich in den neuen Verhältnisse hineingefunden; allea Verläumdungen gegenüber rufe er laut aus, die deutsche Sozialdemokratie sei eine Partei des friedlichen Fortschritts, — wäre sie dies nicht und hätte sie das Verbrechen der ruffischen Rühlfisten eingeschlagen, so lebte keiner der Urheber des Gesetzes mehr. — Das sie leben, beweise eben die eminenten Friedlichen der deutschen Arbeiter. — Der Redner vergleicht die Gewerbebundproseffe mit den Herenproseffen früherer Zeit und findet, daß bei den letzteren doch noch die Entschuldigung zuträfe, die allgemein an Orgen glaubt wurde; bei den Gewerbebundproseffen dagegen erzeuge man durch das Sozialistengesetz künstliche Verbrechen, um sie dann durch das gemeine Recht zu bestrafen. Ein von dem Redner paradiquirtes rothes Taschentuch mit gelb-schwarzer Aufschrift, welches als ein verbotenes sozialdemokratisches Zeichen, dem Läger seiner Zeit sich eine Gefängnißstrafe ausog, angesehen wurde, erregte die — Heiterkeit des Hauses. Der verurtheilten Taschentuch-Inhaber wird es während seiner Haft wohl nicht lächerlich zu Muthe gewesen sein. Dies ein Spiel der Anwendung des Gesetzes!

Eine Aeußerung Liebknechts, daß das Königthum in Deutschland eine Parteiung geworden sei, rügte der Präsident einen Ordnungsruuf. Der Redner führt darauf aus, daß der Bergarbeiterstreik einen Beweis für seine D.hauptung erbringe. Das satirische Wort, daß den Bergarbeitern ihr Recht nicht sollte, konnte nicht in Erfüllung gehen, weil die herrschenden Klassen sich dem widersetzen: Die letzteren seien mächtiger als der mächtigste Monarch!

In England hätten zur Zeit der Unterdrückung arbeitenden Klasse Anfangs dieses Jahrhunderts Verbrechen über Verbrechen stattgefunden, die mit einem Schläge hörten, als man den englischen Arbeitern das weitgehende Koalitionsrecht gewährte.

Sehr interessant waren die Ausführungen Liebknechts über die Gewalttheorie. Die Sozialdemokratie sei, wie es schon der Name sage, eine Partei der Vergesellschaftung, der Verlöschung der Gegensätze; sie wisse auch, daß sie ihre Ziele früher erreichen könne, bevor die ökonomischen Bedingungen dazu nicht gegeben seien. Diese wüßten aber gerade die Bewegung in die Hände. Durch Gewalt zum Ziele zu gelangen, sei kein sozialistischer, sondern ein anarichistischer Gedanke. Mit Recht konnte Liebknecht den höhnend zurufenden Konservationen entgegenkündern, daß sie, die Konservationen, die richtigen Anarichisten, die Gewaltmenschen seien, es die Geschichte in tausend Fällen beweise. Die Lösung des Deutschen Reichs sei ja heute noch: Blut und Eisen!

Die Rede Liebknecht's war dem Inhalte nach eine bedeutende, in der Form eine meisterhafte.

Auch der zweite Tag gehörte der Sozialdemokratie.

Jeder den Termin der neuen Reichstagswahlungen, wie man nationalliberalen Blättern schreibt, zur Zeit der Entscheidung an maßgebender Stelle noch nicht getroffen, sie wird erst getroffen werden können, wenn sich die Abredehnung der Reichstagsession genauer übersehen läßt. — Man hört nur, daß in Regierungskreisen die Absicht besteht, die Wahlen möglichst nach dem Schluß der Reichstagsession zu setzen, und damit ist einer der ersten Monate des nächsten Jahres als Wahltermin gegeben. Im Uebrigen soll die Regierung den Wunsch hegen, daß die Wahltagation so viel wie möglich eingeschränkt werde. Hoffentlich nehmen sich die Reichsbrüder das zu Herzen!

Wie aus Breslau gemeldet wird, hat der Minister des Innern das von der dortigen Bezirksregierung erlassene Verbot des sozialdemokratischen Parteitagess aufgehoben. Dasselbe findet demzufolge für die schlesischen Sozialdemokraten am 10. November in Breslau statt.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag ist daran zu erinnern, daß nach einem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 4. Februar d. J. Gast- und Schankwirth zur gemerbemäßigen Veranstaltung von öffentlichen instrumental-musikalischen Vorträgen polizeiliche Erlaubniss nicht mehr bedürfen und daß diesbezügliche polizeiliche Verordnungen unglültig sind. Angesichts dieses Erkenntnisses werden alle Veruche, die Gastwirth durch

„Alles ist so theuer!“ meinte Frau Raffeneur, die in ihrem schwarzseidenen Kleide zu den Männern gesella ihrem Gespräch zugehört hatte. „Wenn ich Ihnen sage, daß ich die Eier mit zweiundzwanzig Sous bezahlt habe. Das muß ja eines Tages zusammenbrechen!“

Die drei Männer waren ihrer Meinung und brachten Einer nach dem Andern mit verzweifelnder Stimme Klagen vor. Die Arbeiter können das Elend nicht mehr ertragen, das seit der Revolution nur noch ärger geworden, denn seit Neunundachtzig sind es die Bürger, welche allein mästen und ihnen nur die leeren Schüsseln zum Tragen überlassen. Ob wohl der Arbeiter seinen billigen Theil gehabt an dem außerordentlichen Wechsel des Jahrhunderts seit einem Jahrhundert? Man erklärt ihn für frei, obwohl frei Hungers zu sterben ist er. . . . Oder schafft das etwa Brot ins Haus, daß er Abgeordnete wählen darf, die sich auf seine Kosten breit machen, ohne einmal seinen zu bedenken? . . . Nein, so oder so, es muß ein Ende gemacht werden; sei es in friedlicher Vereinbarung durch neue Gesetze, oder wie die Wilden, Alles sengend und brennend und Eines das Andere verschlingend. . . . Gewiß, das muß kommen, und wenn's die Alten nicht mehr sehen, werden die Kinder erleben; denn das Jahrhundert kann nicht zu Ende gehen ohne eine neue Revolution, die der Arbeiter ein mächtiges Durcheinander, welches die Gesellschaft von oben bis unten läutert, und sie besser und gerechter wieder aufbaut.

„Es muß zusammenbrechen!“ wiederholte energisch Frau Raffeneur.

„Es muß!“ rief Stephan.

Souvarine kralte Polonia hinter's Ohr, sodas es ihm Thier vor Begagen in den Nasenflügeln zuckte. Dann, ohne einen von ihnen anzublicken, die Augen ins Leere verliert, sagte er, wie zu sich selbst spredend:

„Die Löhne erhöhen! Ist das möglich? Die Löhne sind durch ehrene Gesetze auf das Ueinstmögliche Maß gemessen, so daß sie den Arbeiter genau soviel verdienen lassen, daß er Brot essen und Kinder aufziehen kann. Fallen die Löhne zu tief, so kommt der Arbeiter um und die Konkurrenz neuer Männer macht sie von selbst wieder steigen.“

Sozialdemokratische Grundsätze...
Sozialdemokratische Grundsätze...
Sozialdemokratische Grundsätze...

Antisemitischer Denksatz für die Konservativen.
Der Abgeordnete von Sonnenberg, Vorsitzender des antisemitischen Bundevereins für Niederböhmen und Walded hat in der „Kronzeitung“ kund und zu wissen, daß der national-liberale Wahlkreis bei der Landtagswahl in Mähren-Frißlar nicht auf einer Abkommandierung der 19 antisemitischen Wahlmänner durch die Parteileitung beruht habe, sondern auf einem freiwilligen Entschlusse jener antisemitischen Wahlmänner. Dieselben seien absichtlich ohne jede Mittheilung seitens der antisemitischen Parteileitung gelassen worden. Der Denksatz besteht in dem, durch den Wahlausfall geführten Beweise, daß die Konservativen in Oesterreich ohne die thätigste Unterstützung der Antisemiten selbst ihre Landtagsfrage nicht zu behaupten vermögen.

Wie gut doch die Böhm. Ztg. ihre Leute kennt,
wenn es ihr darauf ankommt, diesem auch öffentlich Ausdruck giebt, beweis folgender Auszug eines Artikels derselben, in welchem sie in unerbittlicher Weise für Abschaffung des ihr unangenehmen, gleichen und direkten Wahlrechts eintritt.

Es heißt da: ... „das politische die Intelligenz und den Wohlstand, weil die Natur wirtschaftlich den vierten Stand bevorzugt.“ — „Der Trieb zur gesinnungslosen Umwälzung der Massen, die Neigung zum Weltbewerben um die Hand des süßen Pöbels ist mit dem Wahlsystem unserem Vaterlande unzulässig eingegriffen. Und da Se. Majestät das Volk weder Gedächtnis noch Verstand besitzt, so ist es von vornherein klar, daß diejenigen Parteien, welche zu gewissenhaft und zu anständig sind, um Dinge zu verordnen, die sie nicht geben können, gegenüber dem großen Trost der Leute, die ein weiches Gehirn, eine harte Zunge und ein weites Gewissen haben in eine recht üble Lage gerathen.“

Alles heißt es wörtlich in dem Artikel. Dieser Hohn auf das Volk ist charakteristisch für eine Partei, die jeden Augenblick bereit ist, rückwärts zu forsieren, was etwa noch zu forsieren ist; er läßt einen Schluß zu auf die Falschingswahlmaße von 1887, und auf die Wahl, die da kommen soll. Das Volk ist es, das hat weder Gedächtnis noch Verstand, ergo treiben wir es zu Paaren, daß es die von uns, die nach Bildung und Verstand maßgebenden Schichten,“ aufgestellten Kandidaten wähle. Und wenn das geschieht, so werden wir machen, was uns kommt — das ist die Philosophie dieser Helden; das sind die Wünsche der Helfershelfer der Reaktion. Die kommende Wahl mag zeigen, ob das Volk solche Ansichten und Absichten zu würdigen weis.

Widerum durch anonymen Inserat wird in Berlin die Bildung einer großen nationalen Mittelpartei ver sucht. Dasselbe wird in dem Inserat aufgeführt, die Adressen spätestens bis zum November in der Expedition der „Nationalzeitung“ niederzulegen.

Wie mangelhaft unsere Unfallversicherung beschaffen, die bekanntlich die kleinen Betriebe mit weniger als zehn Gesellen nicht umschließt, beweist ein Fall, der, der „Berl. Pr.“ zufolge, kürzlich den Nürnberger Magistrat beschäftigte. In einer Schmiede war einem der Arbeiter bei der Arbeit ein Eisen glühendes Eisen ins Auge geschoßen, so daß der Mann das Auge einbüßte. Da er infolge dessen zeitlebens erwerbsunfähig ist, suchte er um eine Rente nach; eine solche kann aber nicht gewährt werden, weil der betreffende Schmiedebetrieb zu keiner Berufsgenossenschaft gehört, denn es sind weniger als zehn Gesellen darin beschäftigt und elementare Arbeit in demselben auch nicht in Verwendung. Dem Manne wird gegen den abweisenden Beschluß des Magistrats noch die Beschwerde an das Reichs-Unfallversicherungsamt offen; allein dieses wird dem Bedauernswerten leider eben auch nicht helfen können. Und doch ist gerade in diesen kleineren Betrieben die meisten mangelhaften Einrichtungen die Gefahr für die Arbeiter am größten und deshalb eine Fürsorge für dieselben am wichtigsten.

Eine Koalition der Arbeitgeber gegen die Arbeiter hat sich neuerdings in Sachsen gebildet. Nach der „Berl. Ztg.“ haben sich in einer Versammlung der Tafelglasfabrikanen Nieder-Schleßens und der Lausitz die Teilnehmer verpflichtet, keinen Arbeiter, welcher gegen den Wunsch seines Vorgesetzten die Arbeit verläßt, vor sechs Wochen nach erfolgtem Austritt anzustellen. Dieser Beschluß soll allen Arbeitern kundgegeben und bei den Hütern der Nachbarbezirke der Bericht zu demselben betrieblen werden. Die Freizügigkeit und das Gewerbegebot sind dadurch keineswegs berührt. Bewahre.

Dr. Peters soll — so hat das Emin-Komitee beschloffen — Anwartschaften erhalten, seinen „Vormarsch“ einzustellen. Wer soll ihm aber die Weisung überbringen? Das Komitee möchte eine neue Expedition ausrücken (dazu besitzt es aber noch kein Geld) um Dr. Peters einzuholen. Ehe diese Expedition sich aber in Marsch setzen könnte, wird vielleicht Emin Pascha mit Stanley an der Küste eintreffen. Dr.

Steigen sie zu hoch, so macht das größere Arbeitsangebot eben so von selbst wieder fallen. Das ist die Geschichte vom Gleichgewicht der leeren Magen, die Verurtheilung zur ewigen Zwangsarbeit des Hungers.“

Wenn er, sich in dieser Weise vergehend, als gebildeter Sozialist sprach, blieben Raffener und Stephan unruhig und verzogen vor seinen trostlosen Worten, denen sie nichts zu entgegenen wußten.

„Recht ist Ihr“, fuhr zu ihnen aufschauend, er mit seiner gemessenen Ruhe fort, „es muß Alles zerstückt werden, oder der Hunger wird nie ausgerottet. Die Anarchie, nichts anderes! Die Erde mit Blut rein waschen, durch Feuer kochen — dann werden wir weiter sehen!“

„Der Herr hat sehr Recht“, erklärte Frau Raffener, welche bei ihrer revolutionären Festigkeit immer höflich blieb. „Stephan, verzweifelt über seine Unwissenheit, brach die Unterhaltung ab, indem er sich erhob: „Gehen wir zu Bett. Dies Alles verhindert nicht, daß ich morgen früh um drei Uhr aufstehe muß.“

Souvarine blieb den Rest seiner Zigarette von den Lippen, sagte das Kaninchen mit beiden Händen unter'm Schloß das Haus, und die Männer stiegen in ihre Kammern hinauf. In ihren Ohren klangen die ernstlichen Worte nach, welche sie eben gewechselt hatten und die sie schweigend noch einmal überdachten.

Leben Abend gab es ähnliche Unterhaltungen in der letzten Wirtshausstube vor dem einzigen Glase, an welchem sitzen den jungen Mann, weiteten sich und wollten sich über Kameraden vom Durste, sich zu belehren, daß er Weise meist nur in deutscher und russischer Sprache besaß; doch ließ ihm Souvarine eine französische Broschüre „Les sociétés coopératives“ und gab ihm regelmäßig eine kleine. Aber trotz ihres täglichen Verkehrs fand Stephan unzulänglich, als wenn ihn kein Interesse, kein Gefühl, keine Befriedigung ans Leben bände. (Fortsetzung folgt.)

Peters „marschirt“ aber inzwischen immer weiter ins Redelhafte hinein.

Großbritannien.

London, 5. November. Die Lichterschiff der Londoner Dock begannen gestern einen Rassenausstand infolge eines Zerwürfnisses mit den Arbeitgebern bezüglich der Auslegung des Schiedspruches Lord Brassey's.

Frankreich.

Augenblicklich herrscht hier die tiefste politische Windstille, die man nicht gerade als die Stille vor dem Sturm anzusehen braucht, obwohl sie der Öffnung der neuen Kammer unmittelbar vorausgeht. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Kammer in der ersten Zeit viel von sich reden machen wird. Die Prüfung der Wahlen wird Wochen in Anspruch nehmen, dann werden die Feiertage vor der Thüre stehen, der „Gottesfrieden“ der Zuckerbäcker“ wird um die Jahreswende seine herkömmlichen Ansprüche erheben und so dürfte es Mitte Januar werden, ehe das politische Leben einigermaßen bewegter und geräuschvoller wird. Einstweilen füllen die Blätter ihre Leitartikelpalten mit einem lang ausgezogenen Zwiegespräche zwischen der Rechten und der Linken über die Bedingungen eines Anschlusses der Reaktionsäre an die Republik. Die Rechte möchte mit allen Ehren des Krieges in das andere Lager hinübertreten, die Linke hält ihr mit Recht entgegen, daß man sich auf Bedingungen nicht einzulassen brauche, da man ihres Uebertritts nicht bedürfe, und so ist nicht abzusehen, wie die feindlichen Parteien zu Einvernehmen gelangen sollen. Dank der Stille in der Politik schenkt man auch den Nachrichten aus Tongking wieder mehr Aufmerksamkeit als seit langer Zeit. Im äußersten Norden an der Grenze Mianns. Schlägt man sich noch und die französischen Posten erleiden Verluste an Todten und Verwundeten. Die Feinde der Republik übertrieben die Nachrichten über Zusammenstöße mit den Eingeborenen oder chinesischen Streifparteien und stellen die Sache so dar, als tobte in Tongking wieder die Kriegesurie und als mühte Frankreich sich vorbereiten, neue 30- und 50000 Mann nach dem Lande der Cholera“ zu schicken. Dazu kann man einfach mit der Achsel zucken. So sicher ist es in den entlegensten Provinzen Tongkings natürlich nicht wie auf dem Konfordienplate am Nachmittag und es mag sein, daß dort noch lange das Pulver ab und zu wird sprechen müssen. Aber im Ganzen ist, wie der „Böhm. Ztg.“ geschrieben wird, in Tongking die Zeit der großen Anstrengungen dennoch vorüber. Das Land ist endgiltig erobert und denkt schwerlich selbst daran, sich jemals wieder von den Franzosen zu befreien. Jetzt beginnen die finanziellen Schwierigkeiten, denn der neue Beschäftigte kostet viel mehr, als er einbringt und das wird voraussichtlich sehr lange, vielleicht Jahrzehnte lang, so sein. Die Zeit des Blutvergießens ist in Tongking ungefähr vorüber, aber die Zeit des Geldvergeudens fängt jetzt erst recht eigentlich an.

Rußland.

Am 29. Oktober in der Mittagsstunde endete in Saratoff ein plötzlicher Blutsturz, wie bereits gemeldet, das Leben eines einst vielgenannten Russen, des bekannten, wegen seiner sozialistischen Ideen für eine lange Reihe von Jahren nach Sibirien verbannt gewesenen Schriftstellers Tschernischewski. Erst im Sommer des vorigen Jahres wurde — wie das „Berl. Tagebl.“ rekapituliert — dem jetzt Verstorbenen die Erlaubnis gegeben, sich in Saratoff niederzulassen, und dort beschäftigte er sich in letzter Zeit vornehmlich mit der Uebersetzung der Weber'schen Weltgeschichte. Bei Durchsicht eines der Korrekturbogen erkrankte ihn vorgestern der hohe Tod. Tschernischewski, 1829 als Sohn eines russischen Popen geboren, war anfänglich von seinem Vater der geistlichen Karriere bestimmt. Doch seine Neigungen waren anderer Art; er bezog die Petersburger Univeristät und widmete sich dann dem Journalismus und Schriftstellertum. Gemeinsam mit seinem Freunde Dobrosljoff wurde er Hauptmitarbeiter des „Sowremennik“ (Zeitgenossen) und durch seine heftigsten Beiträge sehr bald der Regierung höchst verdächtig und unliebsam. Es war das zu der bewegten Zeit vor der Aufhebung der Leibeigenschaft, Ende der 50er Jahre. Anfänglich gemeinsam mit Alexander Herzen gewann Tschernischewski täglich an Einfluss, wenn auch der „Sowremennik“ (anders wie die in London erscheinende „Globe“ Herzen's) die demokratisch-sozialistischen Ideen jenes Zeitabchnitts in zersplitterter Form bringen mußte. Professor Thun bezeichnet ihn seiner Zeit als Demokraten und Sozialisten im Sinne der St. Simon-Fourier'schen Schule! Sehr großes Aufsehen machte sein später im Gesangnis geschriebener Roman: „Was soll man thun?“ der als eine Art von Gegenchrift gegen das Herzen'sche „Wer ist schuld“, und die Turgenjew'schen „Väter und Söhne“ zu betrachten ist. Obwohl Tschernischewski mehr Stubengelehrter als praktischer Revolutionär war, steigerte sich sein Einfluss auf die russische Jugend immer mehr und damit Schritt haltend eine verstärkte Beobachtung von Seiten der Behörden. Dabei nahm der Genannte regsten Antheil an den Vorarbeiten des Manifestationsgesetzes, verkehrte viel mit den Mitgliedern der betreffenden Kommission, und so war er es auch, welcher die Frage des Gemeindefreies zur Diskussion stellte und eine Reihe von Artikeln über die Größe der Landlose und der Abföhrungsgelder schrieb. Erst allmählig verlor Tschernischewski den Glauben an die befriedigende Lösung der schwebenden Fragen, und man nimmt an, daß ein an die Herzene'sche „Globe“ gerichteter Brief vom 1. März 1880, welcher Herzen zu großen Optimismus vorwirft, aus seiner Feder kommt. Bald wurde — so schrieb der Verfasser — auch Alexander II. die Nikolaj'schen Zeichen zeigen; die Doffnung wäre in der Politik die goldene Kette, welche sich bald in Fesseln verwandeln können u. s. w.“ Die Herzene'sche „Globe“ solle also in Russland nicht zur Messe, sondern zum Sturm läuten. Das Jahr 1881 brachte den Leibeigenen die Befreiung, aber die Unzufriedenheit blieb im Wachen und gab schließlich der Regierung Anlaß, gegen diese Unzufriedenen und ihre Sprachrohre vorzugehen. Unter Anderem wurde der „Sowremennik“ suspendiert und Tschernischewski verhaftet. Bis zum Jahre 1884 zog sich die Untersuchung gegen ihn hin, dann wurde er, trotzdem man ihm direkt nichts Schlimmes beweisen konnte, zu 14 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt und nach Jakutsk verschickt. Wie sehr man übrigens den geistlichen Einfluss dieses Mannes fürchtete, geht aus der Thatsache hervor, daß, auf Antrag des Grafen Schuwaloff, im Reichsrathe nach Ablauf der ersten Hälfte der verübten Strafszeit dem „Verbrecher“ die sonst übliche Milde rung nicht zugestanden wurde. In Sibirien verblieb der jetzt Verstorbene, wie gesagt, bis zum vorigen Sommer. Bemerkenswerth ist noch, daß bisher nur ein einziges Petersburger Blatt — die „Kowoje Wremja“ — von dem Tode dieses bedeutenden Mannes kurz Notiz nimmt.

Lokales.

Die Brauerei Borussia in Nieder-Schleisweide hat an Herrn Niemesch in Rixdorf ein drittes Schreiben gerichtet, in welchem sie den Widerruf ihrer Zusage wieder rückgängig macht. Das Schreiben lautet: Brauerei Borussia (Meinert u. Kampfenkel). Nieder-Schleisweide bei Berlin, den 3. Noembr. 1880. Herr Niemesch in Rixdorf. Das während unserer Abwesenheit von unserem Buchhalter Herrn Rathenow am 29. Oktober an Sie gerichtete Schreiben findet unsere Bestätigung in keiner Weise. Wir bemerken außerdem, daß unsere Säle Vereinen sowie für politische Versammlungen zur Verfügung stehen, selbst-

redend müßten wir von dem Statthalter rechtzeitig in Kenntniß gesetzt werden, um den politischen Vorschriften genügen zu können. Wir bitten, die Mittheilung im „Volksblatt“ vom 2. d. M. zu widerrufen.

Achtungsvoll

Meinert u. Kampfenkel.

Ein neues Arbeiterinnenheim soll wieder einmal in Berlin gegründet werden, und zwar geht diese Gründung aus von einem Verein „Jugendstunde“, der sich die Gründung des Arbeiterinnenheims als Hauptaufgabe gestellt hat. In diesem Heim soll, wie die Zeitungen zu melden wissen, unbescholtener, alleinstehenden Arbeiterinnen, Ledernädchen, Nähtinnen u. s. w. Wohnung, Nahrung, Rath, Beistand und Schutz gewährt werden. Der Verein hofft hierdurch der Verführung zur Unfittlichkeit, der gerade die weiblichen Personen der genannten Stände ausgesetzt sind, entgegenzutreten, insbesondere indem er das Schlafstellenwesen, welches, wie bekannt, oft die Quelle der Unfittlichkeit bildet, möglichst beseitigt und den Mädchen ein eiernes, ihnen Tag und Nacht zur Verfügung stehendes, menschenwürdiges Heim bietet, auch Gelegenheit gewährt, sich in der Hauswirtschaft auszubilden. Die beabsichtigte Einrichtung soll sich möglichst durch Leistungen der Bewohnerinnen erhalten, so daß der Verein nur die erste Ausstattung beschafft. In anderen Städten sollen sich derartige Institutionen auf Trefflichkeit bemühen haben. — Man greift wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß es sich hier wieder um die Lösung eines Stückes der sozialen Frage auf dem längst nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Nächstenliebe, d. h. durch Almosen, handelt. Wir finden unter dem betreffenden Aufruf Namen von Leuten, die in dem Berliner politischen Leben nicht ganz unbekannt sind; da aber der Aufruf ausdrücklich verkündet, das Unternehmen werde sich von jeder politischen und religiösen Parteistellung frei halten, so wollen wir einmal annehmen, daß das gelingen wird. Was soll denn nun aber dieses Heim nützen? Wie lange soll denn der Verführung ausgelegten Arbeiterinnen Unterkunft gewährt werden? Das ganze Unternehmen beruht auf einem gänzlich Verkennen der Verhältnisse der Arbeiterinnen. Nicht so sehr das Schlafstellenwesen, als vielmehr der äußerst geringe Lohn bildet die „Verführung“ zur „Unfittlichkeit“ und darin wird die neue Gründung nichts ändern. Aber welche Wirkung hat denn nun das neue Unternehmen für den Arbeitsmarkt? Nun, sehr einfach! Die dort in dem neuen Heim wohnenden Mädchen leben billiger, als anderswo, das ist richtig, denn sonst wird das Heim leer stehen. Die billige Wohnung der Arbeiterin aus dem Heim ermöglicht ihr, billiger als andere Arbeiterinnen zu arbeiten. Sie drückt die Löhne ihrer Kollegen herunter und führt dem Unternehmer einen höheren Profit zu. Das ist so klar, daß jeder Arbeiter es sofort begreift. Das parteilose Gründungscomitee scheint sich aber nicht bloß um Politik und Religion, sondern auch um das ABC der Volkswirtschaft nicht zu kümmern, sonst würde es seine Mittel zu andern Zwecken anwenden, als zu solchen Dingen, welche bei allem guten Willen der Unternehmer die Arbeiterinnen immer tiefer ins Elend führen, Rait ihnen zu helfen.

Kindergarten im Thiergarten. Ein Abonnent unseres Blattes schreibt uns: Berlin hat im Verhältnisse zu anderen Großstädten wenig öffentliche Parkanlagen. Gerade die hervorstechendste derselben, der Thiergarten, wird in seinem Zwecke, nicht nur dem Vergnügen, sondern vor allen Dingen der Gesundheit der Reizdengemüther zu dienen, durch Polizeibefugnisse beeinträchtigt. So dürfen Kinderwagen nur Vormittags in den Park gefahren werden und auch dann nur, wenn die Führerinnen derselben mit einem polizeilichen Solaudnisschein versehen sind, der seinerseits wieder nur bei Vorlegung eines ärztlichen Attestes des Kindes bescheinigenden ärztlichen Attestes ausgehelt wird. Diese Beschränkung trifft die minder wohlhabenden Klassen am härtesten. Jede Mutter, die nicht die Mittel besitzt, ein Kindermädchen anzunehmen, würde ihre kranken oder schwachen Kinder Nachmittags gern selbst in den Park fahren, wenn die Polizei es nur erlaubte. Welche Frau hat aber Vormittags Zeit dazu? Keine! Die besser Situirten genirt das natürlich nicht. Geradezu grausam ist die Bedingung der Beirgung eines ärztlichen Attestes. Für wie Viele mag nicht die Beschaffung eines solchen unerschwinglich oder eine große Ausgabe sein, zu der man sich nicht leicht entschließt. Man verschleift sie von einem Tag auf den anderen und inzwischen atyimen die armen Kinder mit der dumpfen Stidkluft der elterlichen Wohnung den Todeskeim ein! Nach der polizeilichen Bestimmung dürfen nur kranke Kinder in den Park gefahren werden. Aber wie viele Erkrankungen würden im Reime erstickt werden, wenn die Kinder im gesunden Zustande regelmäßig ins Freie kämen? Denn in kinderreichen Familien, die minder wohlhabenden sind in diesem Punkt die gelegentlich, sind solche Spaziergänge ohne Zulissnahme eines Kinderwagens oft nicht ausführbar. So geringfügig der hier geringste Uebelstand erscheint, so wichtig ist er in seinen Konsequenzen und die Polizei würde sich um die Verbesserung der Gesundheitszustände ein großes Verdienst erwerben, wenn sie bestimmte Wege oder einen bestimmten Theil des Parkes zur uneingeschränkten Benutzung für Kinderwagen anweisen würde. Dies wäre gewiß nicht schwer und die Wirkung würde eine nachhaltigere sein, als die der Ferienkolonien, welche nur einem verschwindenden Bruchtheil zu gute kommen.“

Die Markthalle Nr. VII am Louiseufer hat sich bereits, bald nach ihrer Eröffnung für den Marktverkehr in der dortigen Stadtgegend als unzureichend erwiesen und dieser Uebelstand macht sich je länger, desto empfindlicher geltend. Während der Vormittagsstunden ist der Verkehr mäßig, aber Nachmittags stehen dichte Menschengruppen bereits von vier Uhr an vor den Eingängen zur Markthalle, die für die Käufer erst um fünf Uhr geöffnet wird. Diese Einrichtung entspricht den Verhältnissen des dortigen Stadtviertels garnicht. Der Abendmarkt müßte namentlich in der gegenwärtigen Jahreszeit spätestens um vier Uhr beginnen, damit die einlaufenden Frauen zeitig vom Markt zurückkehren können, um die Beaufsichtigung der Kinder und die Beforgung häuslicher Anselegenheiten zu übernehmen, die für die langen Abende nöthig sind. Während der Abendstunden ist nun aber der Andrang in der dortigen Markthalle ein so bedeutender, wie in keiner anderen. Es erklärt sich dies aus der Dichtigkeit der Bevölkerung in jener Stadtgegend, für welche die vier Wochenmärkte auf dem Oranienplatz und zwei auf dem Lausitzer Platz kaum ausreichen. Dazu kommen nun aber gegenwärtig die Einschränkungen des Verkehrs bei der Markthalle, welche durch den Brückenbau zwischen der Waldemar- und Budowerstraße herbeigeführt und die sehr hindernd für die Händler sind, die oft in beträchtlicher Entfernung von der Markthalle mit ihren Fuhrwerken halten und diese entsladen müssen, weil der Damm des Louise-Ufer gerade vor der Markthalle gesperrt ist, um an dieser Stelle Klammotten zu lagern, die beim Abbruch der Uferbefestigung gewonnen werden. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn in der letzten Zeit der neue Rixdorfer Wochenmarkt in der Schinkelstraße, der lange Zeit so ausah, als ob er bald einschlafen würde, jetzt von Berliner Hausfrauen öfter aufgesucht wird und deshalb einen bedeutenden Aufschwung gemonnen hat.

Ein beklagenswerther Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag 4 Uhr Zimmer- und Markgrafenstraßen-Gäßchen. Der 14jährige Knabe Steinbach, wohnhaft Gefundenbrunnen, sprang von seinem Wagen nach der Dammseite. Ein Wagen der Berliner Badefahrt-Gesellschaft kam in Schafer Gangart angefahren, riß den Knaben um und die Räder gingen demselben über beide Beine. Schwer verletzt wurde der Knabe nach der Sanitätsstube gebracht und von da mittelst Droschke nach einem Krankenhause überführt.

Von einem tragischen Geschehnis ist am Sonnabend Nachmittag in Berlin der „alte Valentin“, ein in der Gegend von Ormer 40 Jahre lang bediensteter Landbriefträger, verstorben. Der bald Siebenzigjährige war erst kürzlich pensionirt worden, nachdem er vier Decennien hindurch in Sonnenbrand und Kälte, in Sturm und Wetter seine Pflicht treulich erfüllt hatte. Jetzt wollte er eine in Berlin verheiratete Tochter besuchen, und wie er eben aus dem Bahnhofgebäude austritt, kommt ein mit Gütern beladenes Fuhrwerk daher, wirft ihn um, und über den Körper des alten Valentin hinweg gehen die Räder des hoch beladenen Wagens, dem Verunglückten beide Füße zerquetschend. Der Verunglückte wurde zunächst nach der am Görlitzer Bahnhof gelegenen Sanitätswache gebracht, und nachdem ihm dort sorgfältigst jede nur mögliche Hilfe zu Theil geworden, überführte man ihn nach Bethanien. Dort lieg. t nun der Alte, und die Beine, die so redlich ihre Schuldigkeit gethan und nun endlich hätten Ruhe haben sollen, sind ihm jetzt gebrochen und zerquetscht durch ein tragisches Geschick.

Ein sehr beliebte Straßenszene trug sich am Sonnabend Nachmittag in der Reichenbergerstraße zu. Ein anscheinend betrunkenen Mann stolperte über einen zweirädrigen Karrenwagen und fiel der Länge nach auf denselben nieder. Er blieb liegen und machte auch keine Miene aufzustehen, als der Besizer des Wagens kam und den originellen Schlafdrücken zum Verlassen des Wagens aufforderte. Kurz entschlossen fuhr jener mit dem Wagen und dessen Insassen unter dem Hülfe der angesammelten Straßenzugend davon. Bei dem nächsten Streckenbrunnen indes kam dem Wagenführer ein Gedanke; mit einem Ruck fuhr er den Wagen unter das

Ablaufrohr und begann heftig zu pumpen so daß der kalte Wasserstrahl auf den anscheinend eingeschlafenen Insassen des Wagens niederfiel. Dieser erhob sich denn auch sehr bald und schien von der plötzlichen Dusche bedeutend erquickert; er bemühte sich nur noch, die durchnässten Kleider auszuziehen. **Sechs Kinder** sind für eine Familie gerade genug! so denkt wahrscheinlich der Berliner Magistrat, denn die Steuer-Einschlagungslisten, die gegenwärtig wieder inkuliren, enthalten in der Abtheilung für den Haushaltungsvorstand und seine Familie nur acht Linien. Davon gehen zwei für den Haushaltungsvorstand und seine Gattin ab, bleiben also noch sechs Linien für die Kinder. Diejenigen Haushaltungsvorstände aber, die über mehr Kinder verfügen, und deren giebt es in Berlin nicht wenige, gerathen dadurch in ein eigenthümliches Dilemma. Sie wissen bei der Ausfüllung nicht, wo sie die Kinder unterbringen sollen. Zwar enthalten die Listen den Hinweis, daß, wenn die eine nicht ausreicht, man in Zimmer 19 des Rathhauses solche bekommen kann, aber wer läßt denn immer gern nach dem Rathhause? Es wäre dem Magistrat gewiß ein Leichtes, die Tabellen so einzurichten, daß noch mehr Kinder darauf Platz hätten.

Ein **schröcklicher Unglücksfall** ereignete sich gestern Nachmittag 4 Uhr Zimmer- und Marktgrafenstraßenecke. Der 14jährige Knabe Steinbach, wohnhaft Gesundbrunnen, sprang von einem Amtsgerichtswagen nach der Dammsseite herab, ein Wagen der Berliner Pachtgesellschaft kam im Galopp angefahren, riß den Knaben um und die Räder gingen demselben über die Beine. Schwer verletzt wurde derselbe nach einer Sanitätswache gebracht, und von da mittelst Droschke nach einem Krankenhause überführt.

Ein **frecher Heberfall** ist, wie die „Volls.“ theilt, vorgefallen in der Essenerstraße gegen einen jüdischen Kaufmann N. von einem „feinen — Herrn“ ausgeführt worden. Der Unmensche schlug den ruhig des Weges gehenden N. in jedwede Veranlassung unter dem Ruf „Juden raus“ mit einem Regenschirm über den Kopf, daß der Mithandelte aus mehreren Wunden stark blutete. Einige des Weges kommende Personen nahmen für den Mithandelten Partei, übten wohlthätige Vergeltung an dem rohen Patron, bis ein Schupmann hertrat und Zeugen und Parteien zur Wache in der Einigkeit brachte. Der Sittliche gab an, ein echter Mann nationaler Gesinnung zu sein, verweigerte aber die Angabe seines Namens. Unter diesen Umständen blieb der Attentäter vorläufig im Gefängnis.

Nach **Kamerun** wollte, wie Hamburger Blätter berichten, der 19jährige Sohn eines in Berlin wohnenden Kaufmanns, um dadurch seine Sucht nach Abenteuer zu befriedigen. Um die Kosten der Reise bestreiten zu können, ließ er die Kasse seines Vaters heimlich in Anspruch genommen. Seine Flucht war jedoch bald entdeckt worden. Derograph hat seine Schuldigkeit und schon einige Stunden nach seinem Verschwinden hatte die Hamburger Polizei Kunde von der mutmaßlichen Ankunft des jungen Menschen erhalten. Er war denn auch kaum in Hamburg eingetroffen, als er von einem Polizeibeamten erkannt und verhaftet wurde. Er wird nunmehr nach Berlin zurückbefördert werden.

Gerichtigung. Der Pferdebahnkondukteur, dessen eigenthümliche Ansichten ein vorgestriges Eingekandt bestrafte, die Nummer 755 nicht 765.

Theater.

Mittwoch, den 6. November.
Spernhaus. Tanzhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
Schauspielhaus. Die Quibar's.
Deutsches Theater. Faust's Tod.
Leistung-Theater. Der Jungfau.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Polengraf.
Reichens-Theater. Schwiegermama.
Wagner-Theater. Der Dampfsack.
Victoria-Theater. Stanley in Afrika.
Grand-Theater. Ein Verurtheilter.
Sollentanz-Theater. Der Zauberlehrling.
Wienstädtisches Theater. Miksch.
Zentral-Theater. Das lachende Berlin.
Adolph-Gruß-Theater. Blotte Weiber.
Gebr. Richter's Varieté. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Theater.

Mittwoch, den 6. November, neu einstudirt: Die Braut von Messina.
Donnerstag, den 7. November: Montjoie, der Mann von Eisen.
Freitag, den 8. November, 10. Abonnements-Vorstellung: Die Braut von Messina.

Thalia-Theater,

15 Wallnertheaterstraße 15.
Täglich:
Theater-
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Neu!! Neu!!
Der Trompeter aus Hadingen.
Gr. Erfolg des Musikanten Schellini, des Frohmenschen Vincenzo, des Volks-humoristen Wilh. Fröbel, der Liedersängerin Fräulein Anna Polas etc.
Entrée 30 Pf. Sonntags 60 Ufr.

American-Theater.

Breslauerstr. 55.
Täglich Vorstellung.
Passage 1 Ufr. 9 M. — 10 M.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche:
Zum ersten Mal:
VI. Encl.: Die Pariser Welt-Ausstellung.
Vielen Wünschen entsprechend noch eine Woche
I. Reise: Athen-Konstantinopel.
Northa-Reise.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abom.
e Reisen 1 M.

H. Präuscher's anatomisches MUSEUM

30/31 Kommandantenstrasse 30/31.
Täglich geöffnet für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag Damentag!
Entrée 50 Pf. Vereinskarten gültig. 589

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren

Gr. Lager, bill. Preise!
Emil Heyn,
eigen. Fabrik.
Brunnenstr. 28, Hof part.
Theils nach Ueberreinkauf

Engl. Tüll-Gardinen

per Fenster von 2.50 M. an,
einzelne Servietten per Stück 0,75 M.
einzelne Servietten per 1 Dyd. 2 M.
einzel. lein. Taschent. pr. 1 Dyd. 1,25 M.
engl. Tüll-Gardinen von 30 Pf. pr. Mtr.
Damen-Banden per 1 Dydung 7,50 M.
Nachtmachen i. Biqué v. 7,50 M. pr. 1 Dyd.
Aufträge von außerhalb gegen Nachnahme.
D. Meyerson, Poststraße 7.

Ich warne hiermit Jedermann meiner Frau Johanna, geb. Pinus, auf meinen Namen etwas zu borgen, indem ich für nichts aufkomme.
H. Klix.

Circus Renz.

Karlstraße.
Gente, Mittwoch, den 6. November 1889,
Abends 7 Uhr:
Aschenbrödel
oder
Der gläserne Pantoffel.
Großes phantastisches Zaubermärchen in 4 Abtheilungen mit Aufzügen, Tänzen und Gruppirungen, arrangirt und in Szene gesetzt vom Direktor E. Renz.
Kostüme und Requisiten, sowie die verschiedenen Equigagen sind vollständig neu und auf das Brillanteste ausgestattet.
Sigerle-Quadrille, geritten von 16 Damen.
Auftreten der vorzüglichsten Reikünstlerinnen und Reikünstler. Das Schupferd Galgenstrid, geritten von Fr. Louise Hager. Ugot, arab. Vollblut in Freiheit dressirt, vorgeführt von Herrn Franz Renz. M. Negeß mit seinem dressirten Esel. Renommirte Künstlerfamilie Priatore. Schupferd Kandelaber, geritten von Herrn Oskar Renz.
Norwegen Vorstellung.
E. Renz, Direktor.

Circus Busch.

Friedrich-Karl-Platz.
Gente, Mittwoch, den 6. November 1889,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Volina, Prämien-Springpferd, springt über 8 große Pferde. Mr. Footit als Jongleur. Mlle. Henriette als Parforce-Reiterin. Unter Blumen und Gurlanden. 8 russische Kapphengste. Gladiatoren, geritten vom Director. Abonograph à Edison vom Klown Olschansky. Mr. Allen als Jocky. Maria Doré als Jocky. Fr. Direktor Busch als Schulkreiterin. Fratelli Florida als Akrobat. Saltomortal-Reiter Mr. Devigne. Die phänomenale Luftkünstlerin Fr. Amalia.
Alles Nähere die Plakate.

Chrenenerklärung.
Ich erkläre hiermit, daß ich für die Herrn pp. Troidler gegenüber gemachten Angaben, als habe Herr Paul Staake sozial. Christen in der Wirtschaft verbreitet, nur eine durchaus unbegründete Vermuthung und keinerlei Beweise gehabt habe und nehme daher die Verdächtigung mit Bedauern zurück.
Jul. Brewitz.

Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.

Gewerbliche Verwaltung Berlin G.
Mittwoch, den 6. November 1889, Abds. 8 1/2 Uhr, in Wolzmann's Salon, Andreasstr. 20:
Mitgl.-Versamml.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom 3. Quartal.
2. Wahl des Kassiers Stellvertreter.
3. Bericht der Delegirten.
Mitgliedsbuch legitimirt.
680 Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortearbeiter.

General-Versammlung
der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber am **Donnerstag, den 14. Novbr. 1889, Abds. 7 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.**
Tagesordnung:
1. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge (§ 26 des Statuts) a) für erwachsene Kassenmitglieder von 30 auf 36 Pf., b) für Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge von 12 auf 15 Pf.
2. Wahl des Mitglieds und
3. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern seitens der Vertreter der Kassenmitglieder.
4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern seitens der Vertreter der Arbeitgeber.
5. Gemeinschaftliche Wahl der 4 Kassier.
6. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
7. Antrag von Biliters und Genossen: Wahl einer Kommission zur Leitung der Vorwahlen zu den bevorstehenden Delegirten-Wahlen.
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Korbmacher.

Montag, den 18. November 1889, Abends 8 Uhr, bei Koll. Wabersstr. 21:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Wahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder.
2. Erhöhung der Beiträge.
3. Erhöhung des Sterbegeldes. Verschiedenes. Der Vorstand.
Eine geliebte Pocknacherin verlangt
F. Wienert, Rosenhallerstr. 23.
685

Große öffentliche Kommunal-Wähler-Versammlung

für den 11. Bezirk am **Donnerstag, den 7. November, Abends 8 Uhr,** Sabel's Brauerei, Bergmannstraße 5-7.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Frh. Jubel.
2. Stellung eines Kandidaten für den 11. Bezirk. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet eine Teller Sammlung statt.
Das Zentral-Wahlkomitee.
J. A. August Wuttig, Solmsstr.

Öffentliche Kommunal-Wähler-Versammlung

für den 35. Kommunal-Wahlbezirk, umfassend die Stadtbezirke 229-236, am **Donnerstag, 7. den November, Abds. 8 1/2 Uhr, in Lehmann's Salon, Schwedterstr.**
Tages-Ordnung:
1. Die am 19. November stattfindende Stadtverordnetenwahl. Referent: Dr. Herzfeldt.
2. Aufstellung eines Kandidaten für diese Wahl. 3. Diskussion und Bericht. Alle Wähler des 35. Wahlbezirks sind hierzu eingeladen.
Das Zentral-Wahlkomitee.
J. A. Franz Schumann

Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung

des 27. Kommunal-Wahlbezirks am **Donnerstag, den 7. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Böhmischen Baudes Landsberger-Allee 11-13.**
TAGES-ORDNUNG:
1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Herr Otto Schöler.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
675 Das Zentral-Wahlkomitee.

Große Wähler-Versammlung

des 42. Kommunal-Wahlbezirks, umfassend die Stadtbezirke 276-278, 319-326, am **Donnerstag, den 7. November, Abends 8 Uhr, in Gottschalk's Salon, Badstraße.**
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: W. Gründel.
2. Stellung eines Kandidaten. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten Teller Sammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht das
Das Zentral-Wahlkomitee.
J. A. J. Gnadt, Brunnenstraße 33

Große öffentliche Versammlung der Feisenhauer

am **Mittwoch, den 6. November, Abends 8 Uhr.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Große Schneider-Versammlung

der Freien Vereinigung der Schneider Berlin am **Donnerstag, den 7. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.**
Tages-Ordnung: 1. Die herrschende Arbeitslosigkeit und die Vertheuerung der Hilfsmittel. Referent: Herr Bernhard Jost. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. Die Kollegen ladet ein
Der Vorstand

Verband deutscher Mechaniker u. verw. Berufsgenossen.

(Zahlschle Berlin.)
Mittwoch, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16,
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Bölsche über: „Die Zukunft der Erde nach den neuesten Forschungen der Astronomie.“
2. Diskussion.
3. Stellungnahme zu dem Unterstützungsfonds-event. Wahl einer Unterstützungskommission.
4. Verschiedenes und Fragekasten.
Aufnahme neuer Mitglieder. — Mitgliedsbuch legitimirt. — Billets zum Stillsitzen fest werden ausgegeben. — Um rege Theilnahme und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
676

Ortskrankenkasse der Korbmacher.

Montag, den 18. November 1889, Abends 8 Uhr, bei Koll. Wabersstr. 21:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Wahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder.
2. Erhöhung der Beiträge.
3. Erhöhung des Sterbegeldes. Verschiedenes. Der Vorstand.
Eine geliebte Pocknacherin verlangt
F. Wienert, Rosenhallerstr. 23.
685

Achtung Wirkergefell!

In der Firma Lanz & Co. ist wegen der Regelung ein Streit ausgebrochen; wir ersuchen Sie, sich streng fern zu halten.
Der Vorstand
des Berliner Wirkergefellverbandes

Freie Versammlung der Damenschneider-Costümbreuer

am **Donnerstag, 7. November, Abend 8 1/2 Uhr, in Reigmüller's Saal, Alte Jakobstrasse 48a.**
Um zahlreiches Besuch bitten
Der Einberufer.
677

Eisenwaaren, Werkzeugen Haus- u. Küchengeräth

E Vogtherr, Berlin
Landsbergerstraße 64 (am Alexanderplatz)
Reisehandlung. Billige Reste an gewaschenen, reinen Wolle, zu Morgenkleidern, Regen- und Winterkleidern, Blüsch, Kammern, Pelz, Sammet, Tüllern, auf Wunsch gleich zugeschnitten.
682 Karle, Kaufher Weg 1 (Gd. Waldstr.)

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 5. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Boetticher, von Marzall, von Feld, Vogel, von Falkenstein.

Der Abg. Bärklind theilt mit, daß er zum großherzoglich badischen Hoftheater-Intendanten in Karlsruhe ernannt worden ist. Die Geschäftsverwaltungs-Kommission wird untersucht, ob es nicht besser sein würde, das Mandat zu verlängern.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes, betr. die Abänderung des Sozialistengesetzes.

Abg. Reichensperger (Z): Die Gemeingefährlichkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen wird allseits anerkannt und die Sozialdemokraten selbst würden es übel nehmen, wenn man ihre Bestrebungen für ungefährlich gegenüber der bestehenden Gesellschaft bezeichnen wollte. Man sollte aber diese Gefährlichkeit nicht allzu scharf betonen, denn mit der Darstellung der Gefährlichkeit dieser Bestrebungen hält gleichen Schritt eine übertriebene Vorstellung von der Macht dieser Partei, wodurch dann wieder das Selbstvertrauen und die Siegeszuversicht der Agitatoren verstärkt und die Anziehungskraft der Partei vermehrt wird. Ich komme meistens zu dem Resultat, daß das Gesetz nicht bloß nicht verlängert, sondern am allerwenigsten auf unbestimmte Zeit verlängert werden kann. Einer eingehenden Prüfung dieser Vorlage wird die Mehrheit des Reichstages sich nicht entziehen können, am wenigsten wird sie leichten Herzens die Vorlage annehmen können. Die Mehrheit dieses Hauses wird sich wenigstens einigermaßen bekommen fühlen, im Hinblick auf die Verantwortlichkeit, die sie übernehmen muß, auf die Gefahren, welche damit verbunden sind, nicht bloß gegenüber der gesammten Arbeiterbevölkerung, sondern auch gegenüber denjenigen Theilen, die nicht von sozialdemokratischen Einflüssen angefaßt sind, sondern sich auf dem modernen Rechtsboden bewegen und bewegen wollen. Auch dieser letzte Theil der Arbeiterbevölkerung wird bei seinen Bestrebungen zur Besserung seiner Lage vielfach mit dem Sozialistengesetz in Konflikt kommen und ist damit in Konflikt gekommen. Weiter wird auch kein Mitglied dieses Hauses übersehen können, daß die heutige Zeitlage eine andere ist als diejenige, innerhalb welcher das erste Sozialistengesetz erlassen ist. Auf der einen Seite eine größere Enttäuschung in den Arbeiterkreisen, auf der anderen aber auch neues Vertrauen in Folge der sozialen Reform. Die Arbeiter folgen heute nicht mehr so blind der Propaganda, welche ihnen die sozialdemokratischen Führer vorhalten. Wir kehren allmählich zu dem normalen Zustand zurück, den wir früher, namentlich vor den Attentaten, gehabt haben. Der Bundesrath hat dies selber ausdrücklich anerkannt, indem er in diesem Gesetzentwurf erhebliche Milderungen in Bezug auf neue Ausweisungen, die Unterdrückung sozialistischer Propaganda und den kleinen Belagerungsstand, der früher als ein solches tangere galt, eingeführt hat. Trotzdem will er dieses Gesetz nicht mehr auf Zeit, sondern mit unbeschränkter Dauer demüthigt sehen. In den Motiven heißt es, daß jede bisherige Erneuerung des Sozialistengesetzes, die auf Zeit erfolgt sei, der sozialdemokratischen Agitation Vorschub geleistet habe. Dieser Agitation würde der Boden entzogen, wenn man an die Stelle des Ausnahmegesetzes ein dauerndes setze. Das klingt auf den ersten Blick gar nicht so übel, aber der Ausnahmeharakter haltet noch wie vor dem Gesetz kraft seines Inhalts an. Nach wie vor werden die Sozialdemokraten als Märrtyrer eines Ausnahmegesetzes erklärt werden. Im entgegengesetzten Falle würden selbst die sozialdemokratischen Führer, denen es doch nicht an Bezahlung fehlt, mit der Zeit zu einer gewissen Einfuhr gezwungen werden. Die Motive erkennen selbst an, daß dieses Gesetz überflüssig werden würde, wenn die Reformgesetzgebung eine volle Wirkung ausgeübt hätte. Nun, diese Reform müßte doch endlich ihre Wirkung üben und dem gegenüber kann dann noch ein dauerndes Ausnahmegesetz nicht mehr die Rede sein. Wir sollten aber um so vorsichtiger in unserem Votum für ein dauerndes Ausnahmegesetz sein, als der Bundesrath bislang sich nicht entschlossen hat, ein Ausnahmegesetz aufzugeben. Ich brauche Sie nicht an das Expatirationsgesetz zu erinnern. Dieser Reichstag hat seit 1882 zu drei wiederholten Malen mit den unehrerlichsten Majoritäten die Aufhebung dieses Gesetzes beschlossen, der hohe Bundesrath aber hat nicht einmal die Gründe seiner Ablehnung dieses Beschlusses angeben. Bei Einzelheiten will ich jetzt nicht eingehen. Die Revision der Beschränkungen der Beschränkungen ist nicht unbedenklich. Die Beschränkungen der Beschränkungen könnte leicht als richtigeres Kollegium angesehen werden und es könnten bedeutende Schritte, die niemals der Beschränkungen gegenüber ausbleiben werden, auch die Rechtsprechung im Ganzen tangieren. Doch unsere sozialen Zustände zum Theil sehr schlechte sind, bedarf man nicht allein die sozialdemokratische Agitation verantwortlich machen. Im Gegentheil, manche Reformen verankern sogar die Sozialdemokratie ihre erste Anregung. Das soziale Uebel muß an der Wurzel angefaßt werden. Unter der gegenwärtigen Schulansicht des Staates werden unsere Kinder bis zum 14. Lebensjahre mit einer Unmasse von Halbwissen auf allen denkbaren Gebieten angefüllt. Treten nun diese jungen Leute ins Leben, so halten sie sich naturgemäß für zu gebildet und zu gut, um mit Zufriedenheit als Lehrlinge und Fabrikarbeiter anzutreten. Sie sehen sich nach den Städten mit ihren Vermögensungen und verkaufen dann in den Sumpf der Sozialdemokratie. Auf den jetzigen Religionsunterricht gehe ich nicht weiter ein. Jedenfalls steht die Thatsache fest, daß die Sozialdemokraten ausreichend vorbereitete Volksmassen für ihre Bestrebungen vorfinden. Verliert das Volk jeden Glauben an die Herrlichkeit und an ein Jenseits, so muß es mit elementarer Naturkraft seine bisherigen Fesseln zu brechen versuchen, um es für die kurze Spanne des Lebens den bestehenden Klassen gleich zu thun. Die Behauptung des Philosophen Hartmann, daß das Christenthum in Deutschland schon todt sei, und die Massen des Volks dem Pessimismus und der Sozialdemokratie zugewandten würden, halte ich zwar nicht mehr für eine ganz unbewiesene Uebertreibung, aber kein Menschenfreund wird leugnen können, daß in der That die Vermilderung schon so weit um sich gegriffen hat, daß man mit mechanischen Mitteln nicht mehr ausweichen kann. Es bedarf hier der moralischen Abhilfe, welche Kaiser Wilhelm I. bezeichnet hat, indem er dem Staatsministerium die Weisung gab, daß vor allen Dingen die Religion dem Volke erhalten werden müsse. Auf der anderen Seite darf man, wie schon gesagt, nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie bei allen sozialreformatorischen Gesetzen wesentliche Vorparatien geleistet hat. Welchen Eindruck muß es nun auf die Arbeiterkreise machen, wenn sie erfahren, daß dieser Reichstag zu wiederholten Malen mit den stärksten Majoritäten Arbeiter-Lageverhältnisse politisch hat und daß der Bundesrath die Beschränkungen während ablehnt? Der bittere Gegensatz zwischen Arbeiter und Arbeiter ist keineswegs bloß durch die schwer zu

lösende Meinungsverschiedenheit über die Lohnhöhe oder Arbeitszeit herbeigeführt, sondern vielmehr durch die Bezeugung von Unterlassungsünden aller Art seitens der Arbeitgeber. Vor Allem fehlt den Aktiengesellschaften jedes persönliche Band mit den Arbeitern. Die westfälischen Bergwerksbesitzer sollen das Abkommen getroffen haben, daß ein Bergmann, der selbst gekündigt hat, auf einer anderen Zeche nicht mehr angenommen werden soll. Eine solche Härte ist nicht gut, sie verbittert die Arbeiter und verschärft die Gegensätze. Wenn dieses Abkommen thatsächlich besteht, wäre es weit notwendiger, ein drakonisches Gesetz gegen das Koalitionsrecht der Arbeitgeber zu machen, als das Sozialistengesetz fortzubehalten zu lassen. (Sehr richtig! im Centrum.) Bei den Wahlprüfungen haben wir gesehen, daß Arbeitgeber den Arbeitern sogar ihr verfassungsmäßiges Wahlrecht aus den Händen nehmen wollten. Kann man sich, wenn die Arbeiter so zu politischen Sklaven gemacht werden sollen, wundern, daß sie Sozialdemokraten werden und sich den extremsten Parteien zuwenden? (Sehr richtig! im Centrum.) Doch diese traurige Thatsache bildet nur eine Ausnahme, die ungebührliche Mehrzahl der Arbeitgeber nimmt eine andere Stellung ein, und in dieser Beziehung hat besonders Herr Oedelhäuser in einer Broschüre den Standpunkt vertreten, daß die Arbeitgeber sich freundlicher zu ihren Arbeitern stellen sollen. Und von autoritativer, höchster Stelle ist den westfälischen Arbeitgebern gesagt worden; Behaltet in Zukunft stets möglichst nahe Fühlung mit den Arbeitern, gebt ihnen Gelegenheiten, ihre Wünsche zu formulieren, damit nicht wieder solche Schwierigkeiten entstehen. Das sind landesübliche Worte, die befolgt werden müssen. Ich könnte es nicht für wünschenswerth halten, wenn jenes westfälische Abkommen die Antwort auf diese königliche Aufforderung sein soll. Wer dem Geiste unserer deutschen Arbeiter nicht ganz fern steht, muß wissen, welche Bedeutung die persönliche Teilnahme des Arbeitgebers für ihn hat und wie notwendig dieselbe in unserer kumbdengezeiten Zeit ist. Das muß man nöthigenfalls mit Gesetzen erzwingen, damit nicht immer als Hauptanfrage, wie bei dem westfälischen Streit, die Beschwerde über persönliche Härten und Ungechtigkeiten und nicht über die allgemeine Lage auftritt. Die Forderungen der westfälischen Arbeiter sind von den Arbeitgebern zu spät in Berücksichtigung gezogen und dadurch infolge der Verbitterung gesteigert worden. Herr Oedelhäuser hat gesagt, bei rechtzeitiger Berücksichtigung der Forderungen hätte der Streit abgemindert werden können und müssen. Wir müssen ernstlich darauf sehen, daß nicht eine Gesellschaftsordnung bei uns eintritt, die niemals gute Folgen haben kann. Ich sage: Laßt uns besser werden und Alles wird besser sein! (Sehr gut! im Centrum.) Gegenüber der Nothwendigkeit der Verbesserung der Lage der Arbeiter muß man allerdings fragen, ob eine neue Belastung der Industrie zulässig sei. Ich erkenne die Bedenken hierüber in vollem Maße an, die Lasten müssen aber von der Industrie getragen werden, ebenso wie Sie auf der Rechten infolge der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung weit schwerere Lasten übernehmen mußten. Cuius commoda eius incommoda. Nur muß immer die richtige Schranke innegehalten werden, um unsere Industrie lebensfähig zu erhalten. Ich wünsche, daß die Regierung den internationalen Kongress in der Schweiz bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung beschickt, im Gegensatz zu den Aechzungen der Presse, noch welchen die Regierung abgeneigt sein soll, dies zu thun. Zur Begründung des Sozialistengesetzes sagt die Regierung, daß die durch die allgemeine Gesetzgebung den Behörden gegebenen Befugnisse nicht gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen ausreichten. Diese Erfahrung kann doch nur aus der Zeit vor 1878 stammen, also vor dem Sozialistengesetz. Damals begann erst die stürmische Bewegung der Sozialdemokratie und die Waffen des gemeinen Rechts wurden damals nicht genügend angewandt. Das Strafgesetzbuch enthält genug Bestimmungen, welche gegen die wahren Umsturzbestrebungen ausreichen würden. Die Motive sagen, das Sozialistengesetz sei nicht zur Bekämpfung von Lehren und Ideen bestimmt; Aufgabe eines jeden Gesetzes sei es ja nur, die äußeren Erscheinungen zu treffen. Ich bin vollkommen durchdrungen davon, daß die sozialdemokratischen Führer viel zu klug sind, um es zu Erweisen kommen zu lassen, denn diese würden nur die Beschränkung neuer Schranken herbeiführen, die sie doch nicht wünschen können. Meine Ausführungen mögen auf der rechten Seite theilweise für absonderlich und bedenklich gehalten werden, ich will sie aber an das Wort erinnern, das 1884 von autoritativer Seite, nämlich von dem damaligen Minister v. Pottkammer ausgesprochen worden ist. Er sagte: Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß, wenn infolge der Einwirkung der großen Sozialreform, die im Werke ist, sich schließlich die Zustände bessern, man sich nach einigen Jahren ernstlich fragen dürfe, ob das Gesetz so, wie es steht, überhaupt noch notwendig ist. Jetzt sind fünf Jahre verstrichen, die Sozialreform ist nicht mehr nur im Werke, sondern verwirklicht, und ich meine, daß heute die vorausgesetzte Besserung eingetreten sei, wenn man darunter nicht etwa idyllische Zustände verstehen will. Wer solche erwartete, steht nicht minder als die Sozialdemokratie im Traumlande von Utopien, nicht im Lande der Wirklichkeit. Wir müssen zum gemeinen Recht zurückkehren, die ganze soziale Frage überhaupt kann nur auf dem Boden des Christenthums, der Gerechtigkeit und der Vaterlandsliebe gelöst werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Sany (nall): Der Vorredner verdient den lebhaftesten Dank, daß er die Mehrheit des Reichstages in Schutz genommen hat gegen die frevelhafte Verdächtigung, als ob wir leichten Herzens an die schwere Entscheidung herantreten, vor die wir jetzt gestellt sind. Keine Partei des Hauses unterschätzt die Bedeutung der hier zu lösenden Frage. Der Vorredner hätte uns aber auch gegen die Verdächtigung in Schutz nehmen können, als ob wir nicht gefonnen wären, die Sorge für die Besserung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und moralischen Verhältnisse des Arbeiterstandes auf uns zu nehmen, und als ob das Gesetz, um welches es sich hier handelt, ein Gesetz gegen den Arbeiterstand wäre. Der Abg. Reichensperger, der sämtliche Stadien dieses Gesetzes durchgemacht hat, ein eminenten Jurist, weiß sehr wohl, daß dieses Gesetz nicht gegen den Arbeiterstand gerichtet ist, nicht gegen die Sozialdemokratie als solche. Das Bedürfnis nach einer Besserung der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung ist bei Beratung des Sozialistengesetzes allgemein anerkannt. Nicht den Mitgliedern des Hauses, wohl aber den zahlreichen Kreisen außerhalb des Hauses, die mit gespanntem Interesse den Verhandlungen hier folgen, rufe ich zu, dieses Gesetz ist lediglich gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie gerichtet, Bestrebungen, denen ein jeder Staat — das ist er sich selbst schuldig — entgegenzutreten muß. (Abg. Bebel: Dazu ist das Strafgesetzbuch!) Ja, der Vorredner hat aber auch schon Verschärfungen des Strafgesetzbuches für notwendig erachtet, und darin liegt doch der Beweis, daß die angeführten Bestrebungen die bestehende Ordnung ernstlich bedrohen und daß neue Mittel zur Bekämpfung

erforderlich werden. Der Abg. Reichensperger hat keinen Beweis beibringt, daß jetzt andere Zustände herrschen. Wir müssen die Frage, ob die vom Abg. Reichensperger angeführten Bestimmungen des Strafgesetzbuches ausreichen, mit „Nein“ beantworten. Der Abg. v. Marquardsen hat es vor 2 Jahren als wünschenswerth bezeichnet, bei einer eventuellen dauernden Regelung nicht die Gesamtheit der gegenwärtigen Bestimmungen aufzunehmen, sondern eine Revision des Gesetzes eintreten zu lassen. Meine Freunde haben aber auch damals schon erklärt, daß ein Vacuum jedenfalls nicht eintreten dürfte, wenn die Verständigung über die Revision Schwierigkeiten machen sollte. Für ein dauerndes Gesetz spricht die Thatsache, daß bei dem bisherigen Zustande die Betroffenen immer noch in weiten Kreisen mit der Hoffnung auf einen Fortfall der betreffenden Bestimmungen rechnen und sich und andere in der Hoffnung darauf in dem Widerstand bestärken. Ein Nachtheil des bisherigen Zustandes ist auch der, daß die in kurzen Zwischenräumen wiederholte Beratung über das Gesetz die Unruhe und Aufregung im Lande fortwährend erneuert, und daß dadurch die Heilung des Uebels aufgeschoben wird. Für den Gang der bisherigen Gesetzgebung spricht, daß die Bewilligung auf wenige Jahre dem Reichstage immer eine neue Prüfung ermöglicht, die Umstände sich nicht anders gestaltet haben, oder ob noch immer ein Bedürfnis für das Gesetz vorliege, und daß das Bedürfnis einer zeitweiligen Erneuerung eine wirksame Kontrolle für die Ausübung der fraglichen Vollmachten enthält. Sie werden jetzt bei einer dauernden Regelung einen Ersatz für das Fortfallen der Kontrolle zu schaffen suchen müssen. Der Bundesrath selbst hat ausgesprochen, daß ein dauerndes Gesetz nicht identisch sein kann mit dem bisherigen. Für die Frage, ob ein dauerndes Gesetz oder das gemeine Recht in Geltung gebracht werden solle, ist zu erwähnen, daß mit dem Begriff des gemeinen Rechtes sehr viel Unfug und Mißbrauch getrieben ist. Oft haben Parteien dieses Hauses da, Sozialistengesetz verantwortlich gemacht für Verurtheilungen, die auf Grund der §§ 127—130 des Strafgesetzbuches erfolgt sind. Gerade diese Paragraphen beruhen auf dem alten preussischen Strafgesetzbuch von 1851, wo also eine deutsche Sozialdemokratie überhaupt noch nicht existierte. Die dankenswerthen Versuche, mit Hilfe des gemeinen Rechtes Abhilfe zu schaffen, leiden doch meistens an dem Uebelstande, daß die Bestimmungen dann entweder unwirksam sein würde — und das wäre der größte politische Fehler — oder daß sie die politischen Freiheitsrechte der ganzen Nation in verhängnißvoller Weise gefährden. Dieses und anderes ist in der sehr werthvollen oben erschienenen Schrift des Abg. Kulemann erschöpfend ausgeführt. Ich selbst ziehe ein dauerndes Spezialgesetz dem gemeinen Rechte vor. Die Kommission aber, der das Gesetz vorausichtlich überwiesen werden wird, wird sich bei ihrer Beratung nicht nur auf die vom Bundesrath uns zur Abänderung vorgelegten Paragraphen, sondern auf sämtliche Bestimmungen des Gesetzes auszudehnen haben. Auch die Formulierung des Thatbestandes, die Definition, in welchen Fällen das Gesetz Anwendung finden soll, ist noch eine offene, obgleich ich eine bessere Definition noch nicht zu finden vermocht habe. Ich habe auch Bedenken gegen die künftige Verbeibehaltung des Belagerungsstandes bei einer dauernden Regelung, denn diese schneidet tief in das Privat- und wirtschaftliche Leben des Bürgers ein. Wenn man sagt, daß ja der Betroffene vorher die eventuellen Folgen seines Verhaltens kenne, so ist doch der Spielraum, der den Behörden gelassen wird, ein viel zu großer; es ist oft geradezu dem Temperament der betreffenden Polizeibeamten die Entscheidung überlassen, ihrer größeren oder geringeren Kengstlichkeit und Strenge. Nach der Vorlage würde der von der Landespolizeibehörde ausgewiesene nach dem Preussischen Landesverwaltungs-gesetz von 1883 die Beschwerde an den Oberpräsidenten haben, und weiter die Klage beim Obergerverwaltungsgericht. Rehnlich wird auch der Gang in den anderen Staaten sein, wo eine Verwaltungsgerichtsbarkeit besteht. Die Möglichkeit der Ausführung dieser Bestimmungen scheint mir außerordentlich zweifelhaft gegenüber der großen Unbestimmtheit des Thatbestandes. Denn wie kann das Obergerverwaltungsgericht entscheiden, ob wirklich die Voraussetzungen zutreffen, unter welchen die Landespolizeibehörde die Ausweisung ausgesprochen hat. (Hört! hört!) Wenn ich diese Gründe ausspreche, so wird ein anderes Argument, das gestern bereits vom Abg. Barth erwidert, von weiteren Kreisen getheilt. Auch die konservativen Abg. v. Hellhorff und Hegel haben bereits vor zwei Jahren ausgesprochen, daß die Ausweisung der Führer nur die Agitation in verstärktem Maße in andere Gebiete hineinträgt. Ich habe gegen diese Ausweisungen auch in der gegenwärtig gewählten schwächeren Form die schwersten Bedenken. Die Bestimmungen des Sozialistengesetzes über Vereine, Versammlungen und Presse sind bereit, auch für ein dauerndes Gesetz zu bewilligen. Es ist Nothwehr, wenn der Staat den betr. Agitatoren die politischen Mittel nicht gewährt, durch welche die politische Freiheit selbst und die eigene Existenz zerstört werden würde; denn wenn die sozialdemokratischen Agitatoren aus Ruher kämen, würde nicht sehr lange von Vereins-, Press- und Versammlungsfreiheit die Rede sein. (Sehr wahr! rechts und links.) — Das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift soll künftig nicht nach dem Verbot einer Nummer, sondern erst nach dem von zwei Nummern erfolgen dürfen. Es wird zu erwägen sein, ob nicht ohne ernste Gefahr die weitere Milderung, daß die Beschwerde gegen das Verbot des ferneren Erscheinens aufschiebende Wirkung haben solle, platzgreifen kann. Die Vorlage hat sodann die Klausel fortlassen lassen, daß die Beschwerde gegen die politischen Verfügungen nur an die Aufsichtsbehörde gehen solle. Es tritt damit gegenüber den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Polizeiverfügungen dasselbe Verfahren ein, das im Allgemeinen für Polizeiverfügungen gilt; und das ist in den meisten Staaten, z. B. Preußen, Württemberg, Baden, der Weg des Verwaltungsstreitverfahrens. Es ist das ein sehr weitgehendes Entgegenkommen, und es würde damit eine Klasse von Beschwerden, die im Reichstage von den sozialdemokratischen Rednern vorgebracht zu werden pflegen, ihren Boden verlieren. Der Klage darüber, daß das Gesetz häufig zu Unrecht angewandt werde, würde diese Rechtskontrolle Abhilfe verschaffen. (Abg. Bebel: Es bleibt trotzdem alles beim Alten!) Nehmen Sie doch z. B. die widerrechtliche Auflösung von Versammlungen! Bei Auflösung von Versammlungen Ihrer (sozialdemokratischen) Freunde würde es jetzt genau so gehen, wie bei Versammlungen anderer Parteien. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich begreife diesen Widerspruch nicht! Zwei Beispiele! Schon in der ersten Zeit, als unsere Verwaltungs-gesetzgebung wirkte, wurde eine polnische Versammlung aufgelöst, weil die polnische Sprache darin gebraucht wurde; das Obergerverwaltungsgericht bezeichnete diese Auflösung als gesetzwidrig und seitdem steht der Grundsatz fest, daß eine Versammlung aus solchem Grunde nicht aufgelöst werden dürfe. Ich erinnere dann an die bekannte Versammlung in Solingen, die vor nicht langer Zeit aufgelöst wurde und in Bezug auf welche das Obergerwaltungs-

gericht feststellte, daß der Beamte zur Auflösung nicht befugt gewesen sei. (Abg. Bebel und Singer: Es bleibt doch beim Alten!) Ich habe Ihnen doch konkrete Beispiele angeführt, über deren Richtigkeit Sie sich doch unterrichten können, wo das Vorgehen der Polizeibehörde gemißbilligt worden ist. (Abg. Bebel: Es bleibt aber doch Alles noch so!) So sehr ich diese Tendenz, in Bezug auf die Rechtskontrolle dem gemeinen Recht näher zu treten, anerkenne, so ist die Bestimmung doch ungenügend, wo polizeiliche Verfügungen über das Gebiet der Einzelstaaten hinausgehen und im ganzen Reich wirken, also die Verwaltungsgerichtsbarkeit der Einzelstaaten nicht in Frage kommt. Das ist der Fall bei Verboten von Vereinen und Druckschriften. Deswegen ist ja auch die allgemeine Beschwerdeforschung geschaffen, aus der man jetzt gewissermaßen einen Verwaltungsgerichtshof machen will. Diese Kommission wird indessen immer den Charakter einer Spezialkommission behalten, und es wird ins Auge zu fassen sein, ob nicht ein wirklicher höchster Gerichtshof, vielleicht das Reichsgericht, an die Stelle zu setzen ist. — Wir verkennen den Ernst der Entscheidung, vor der wir stehen, nicht; wir verkennen auch nicht das Bedürfnis einer eingehenden, ersten, sorgfältigen Prüfung der einzelnen Bestimmungen. Es ist selbstverständlich, daß diese Prüfung nur in einer Kommission wird vorgenommen werden können. Ich beantrage, die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Liebknecht: Auf die Ausführungen des Abgeordneten Reichensperger gehe ich nicht ein; denn obgleich seine Weltanschauung eine diametral entgegengesetzte ist, hat er das Gesetz doch wie wir schließlich beurteilt. Der Abg. v. Cuny hat zum Teil nur seine persönlichen Anschauungen ausgesprochen; seine Ausführungen konnten deshalb einen größeren Eindruck nicht machen. Das Ja klang durch dieselben aber schon so deutlich durch, daß seine Freunde jedenfalls bei der dritten Lesung dem Gesetz ihre Zustimmung nicht verweigern werden. Der Abg. v. Cuny hat ja das Ausnahmegesetz als solches für notwendig erkannt; dann ist das Uebrigste gleichgültig, wer A sagt, muß B sagen, auf ein Bischen mehr oder weniger kommt es nicht an. Herr v. Cuny meinte, wenn wir an das Ruder kämen, würde von Vereinsfreiheit keine Rede mehr sein. Sie (zu den Nationalliberalen) machen ja aber von Ihrem freien Vereinsrecht gar keinen Gebrauch, Sie tagen bloß hinter verschlossenen Thüren, Sie haben nicht einmal den Muth, öffentlich zu diskutieren. Schlimmer könnte es für Sie nicht werden. Wir fürchten Sie nicht, wie Sie uns fürchten (Lachen rechts, Beifall links); wir würden Ihnen das Verfassungsrecht nicht nehmen. Die Nationalliberalen sind besonders ängstlich, Sie stehen in der Mitte zwischen beiden Seiten, Sie werden erdrückt. (Heiterkeit.) Es ist eigenhümlich, daß die Herren von der nationalliberalen und rechten Seite sich den Kopf zerbrochen haben, das Sozialistengesetz in das gemeine Recht überzuführen. Es muß Ihnen doch etwas schwer im Magen liegen. Wir haben uns in Bezug auf die Dauer des Gesetzes niemals einer Illusion hingeeben; wir haben vorausgesehen, wie es kommen wird. Wenn Herr v. Cuny sich Mühe giebt, den Begriff der Ewigkeit abzumachen, so kann ich nur darauf verweisen, daß wir Ihnen stets erklärt haben: Wir halten das Gesetz in Ihrem Sinne für ein ewiges; wir wissen, daß Sie es immer wieder verlängern werden. Das Gesetz wird so lange dauern als das jetzige politische System in Deutschland (Abg. Bebel: Sehr richtig!), darüber haben wir uns nie geäußert, wir kennen unsere Feinde, wir kennen Zweck und Ursprung des Gesetzes. Die vorgeschlagenen Milderungen sind so unbedeutend, daß es kaum lohnt, auch nur es passiert darüber zu reden. Alle wesentlichen Bestimmungen sind beibehalten, die Ausweisungsbefugnis des § 28 soll sogar ganz bedeutend verschärft, eine eiserne Ausweisung statuiert werden. Rechtsanwaltschaften — wie kann von solchen bei einem Ausnahmegesetz überhaupt die Rede sein? Ein Ausnahmegesetz erhebt die Willkür zum Gesetz; das Unrecht kann nie zum Recht werden, auch wenn Sie tausendmal von Rechtsgarantien sprechen. Das ist ein vollständiger Widerspruch. Die Beschwerdeinstanz, das Reichsgericht oder Verwaltungsgericht heißt, ist völlig gleichgültig; ob die Instanz aus 9 oder 11 Mitgliedern besteht — entlohnt nicht, ein Wort darüber zu verlieren, ebensowenig darüber, ob eine Zeitung sofort verboten wird, oder ob man 24 Stunden damit wartet. Lesen Sie doch die „Leipziger Zeitung“, ein amtliches Organ der sächsischen Regierung, da hören Sie, daß es in dem Sinne Derjenigen, die das Polizeigesetz wollen, ein Unfahn sein müßte, der Beschwerde gegen ein Verbot eine ausschließende Wirkung beizulegen. Was hat außerdem die Beschwerdeforschung genützt? In bei weitem den meisten Fällen hat sie für Recht erkannt, was von den Polizeibehörden auf Grund ihrer Ausweisungsbefugnis beliebt worden war. Doch darüber werden wir uns ausführlicher bei der zweiten Lesung zu unterhalten haben. Was das Sozialistengesetz ist, sehen wir erst, wenn wir rückblickend seine Genesis ins Auge fassen. Vor 11 Jahren ist es gemacht worden; damals wurden die Attentate für seinen Erlaß verantwortlich gemacht. Daß Hödel ein halber Idiot, mit einem Terzerol auf den Kaiser schoß, war genügend für den Fürsten Bismarck, nach Berlin zu telegraphiren: Gesetz gegen die Sozialdemokraten! Woher mußte Fürst Bismarck, daß die Sozialdemokraten die Urheber waren? Haben wir nicht auch ganz neuerdings ein Attentat auf einen deutschen Fürsten gehabt, wo der Schuldige alsbald als Idiot erkannt wurde? Warum hat man damals nicht gerade so untersucht? Weil man das Gesetz brauchte. Der Reichstag verwarf das erste Gesetz; es kam das Nobiling-Attentat und es erfolgte die Auflösung, weil der Reichstag nicht ein hinlänglich starkes Gesetz gegen die Sozialdemokratie bewilligt hatte, aus deren Mitte, aus deren Schooß die Attentate herorgegangen sein sollten. Die Neuwahlen ergaben eine Mehrheit, die Alles, was verlangt wurde, zu bewilligen bereit war. Ohne die Attentate wäre das Gesetz, welches nun bewilligt wurde, nicht möglich gewesen. Heute aber weiß Jedermann, daß die Sozialdemokratie nichts damit zu thun gehabt hat. Jetzt weiß Jeder, Hödel war ein Anhänger des Herrn Stöcker (Lachen rechts), Mitglied seiner Partei, das ist gerichtlich nachgewiesen; wie kann der aus dem sozialdemokratischen Lager geschickt worden sein, um das Attentat zu machen? Er hängt an den Rockschößen ganz anderer Leute. Und Nobiling? Er war, wenn er überhaupt einer politischen Partei angehörte, nationalliberal (Große Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen.) Als man damit nicht mehr durchkam, hieß es, die Attentate seien aus der Atmosphäre der Sozialdemokratie hervorgegangen, die so fürchtbar gewütht habe, eine ebenso große Lüge wie die erste! Jene weitere Lüge, daß die Sozialdemokratie vor 1878 so besonders maßlos agitirt habe, ist nun schon halb Geschichte geworden; die Behauptung ist einfach unwahr. Die Sozialdemokratie hat sich nicht verändert, sie kann sich gar nicht verändern; sie ist eine Partei mit bestimmten Prinzipien, sie steht auf einem bestimmten wissenschaftlichen Standpunkte (Gelächter rechts); sie ist nicht so beschaffen, wie andere grundloslose Parteien, die hinuntergehen wie kartesischen Teufeln, wenn oben gedrückt wird, (große Heiterkeit, Zwischenrufe rechts) — auch Sie (rechts) wissen manchmal nicht, woher der Wind weht; Sie haben den Streit in Ihren eigenen Reihen, und gerade von Ihnen ist das Wort „Fraktion Drehscheibe“ gebraucht worden! (Heiterkeit.) Es heißt, jetzt erst wären wir dazu gekommen, gewisse sozialreformatorische Forderungen zu vertreten — lesen Sie doch unsere Reichstagsakten! Schon 1877, jedenfalls vor dem Sozialistengesetz, haben wir den ersten Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf eingebracht. Kurz, gerade so wie jetzt hat sich unsere politische Thätigkeit auch vor dem Gesetz bewegt. Sind wir etwa in unseren Forderungen

mit der Zeit ausschweifender geworden? Im Anfang mag wohl unsere Partei, wie jede andere jugendliche Partei, Manches gethan haben, was sich nicht verantworten ließ. Mit dem Augenblick aber, wo sie eine wirkliche Partei wurde, wo sie in den Reichstag kam, hat sie sich auf den Boden der gegebenen Thatfachen gestellt, ist sie nicht amüßiger, wohl aber proflicher geworden; das lehrt schon ein Blick in unsere Presse. In der That, das Sozialistengesetz ist unter falschen Vorwörtern erlassen, und wenn man trotz des Artoms cessante causa cessat effectus das Gesetz nicht aufgehoben hat, so folgt daraus, daß man für den Erlaß des Gesetzes noch andere Gründe gehabt hat. Diese Gründe sind jetzt klar geworden. Nach den Enthüllungen des Hamburger „Korrespondent“ war die Auflösung des Reichstages 1878 ein defensiver Schachzug des Fürsten Bismarck, um gewisse Zetzelungen zwischen der liberalen Majorität des Reichstages und seinen Kollegen zu vereiteln und sich eine gefügige Majorität zu sichern. Das Sozialistengesetz ist also ein Produkt der raison d'état. Hinter der Wolke des Sozialistenschredens ist dann die „Umkehr“ erfolgt, der agrarische Feldzug gegen den Geldbeutel des deutschen Volkes eröffnet worden. Der frühere Abg. Stephan hat ganz mit Recht gesagt, daß sich die Auflösung gegen seine, die nationalliberale Partei gerichtet hat. Sie (zu den Nationalliberalen) hatten 1878 im Frühjahr Opposition gemacht, und Sie mußten an die Wand gedrückt werden, daß Sie quieschten. (Heiterkeit.) Dieses Wort ist von oberster Seite gebraucht worden; ich führe solche Ausdrücke nicht. Die Herren drüben (rechts) haben Ihnen schon mit einem zweiten 1878 gedroht, wenn Sie nicht mitmachen. Also Sie werden Ordre pariren. Hic Rhodus, hic salta; da ist der Stoch, spring' herüber! (Große Heiterkeit.) Man hätte die Kornzölle gar nicht durchführen können ohne Sozialistengesetz. Wir Agitatoren wären mit Ihnen schon fertig geworden, was den Fortschrittler leider nicht gelungen ist. Was haben Sie nun mit Ihrem Sozialistengesetz erreicht? Sind wir die Besiegten? Nein. Nach elfjährigem Kampfe stehen wir stärker da als je. Die deutsche Sozialdemokratie ist die bestorganisirte aller Länder (Zuruf rechts: Dafür müssen Sie dankbar sein!); durchaus nicht. Sie haben dadurch Zustände geschaffen, für welche die Remesse die Urheber eines Tages ereilen wird. (Unruhe rechts.) Ob die Sozialdemokratie ohne dieses Gesetz sich noch mehr ausgedehnt hätte oder nicht, will ich nicht untersuchen. Auf Bennis und Abers lasse ich mich nicht ein. Was haben Sie allein erreicht? Unsere Partei hat sich anders organisiert. Wir haben unter dem Feuer der feindlichen Streitkräfte unsere Front verändert, und alles dieses vollzog sich so schnell und ruhig, weil unsere Genossen genau wußten, was sie zu thun hatten. Hätten wir unsere Leute nicht belehrt, so würde die Ohnmacht gegenüber der polizeilichen Verfolgung wahrscheinlich auch bei uns so wie in anderen Ländern zu Verzweiflungstreichen, zum Anarchismus geführt haben. Ich appellire an Ihr unbefangenes Urtheil: Ist es nicht geradezu skandalös, daß die Hunderttausende von Wählern sich so ruhig verhalten haben? Können Sie uns irgend einen sozialdemokratischen Erzech, einen Aufruhr nachweisen? Man nannte uns eine Rädbergesellschaft. Die Deutschen sind doch ein tapferes Volk, so tapfer wie die Russen sind wir mindestens. Und was die russischen Rüblikoffen gethan haben, könnten wir auch. Wenn wir diese Taktik befolgt hätten, dann lebten die Urheber dieses Gesetzes nicht mehr. Das Sozialistengesetz hat unseren Charakter gekühlt. Was Hunderte von Arbeitern gethan haben ohne jede Entschädigung, wiegt die größten Heldenthaten auf den Schlachtfeldern auf. Die drei Arbeiter, die in dunkler Winternacht über das Eis gingen, um Flugblätter zu verbreiten und dabei ihren Tod fanden, sind Märtyrer des Proletariats, treu allen Märtyrern, und Märtyrerdut erzeugt Ackerseuer. Das Sozialistengesetz hat aber auch eine erzieherische Wirkung gehabt. Die unreinen Elemente sind aus der Partei ausgeschieden. Die Bewegung hat an Intensität gewonnen, aber auch Sie haben durch das Gesetz erzieherisch gewirkt. Die Lockspigelei ist in keinem anderen Lande der Welt so geübt worden, wie in Deutschland. Ich bin überzeugt, daß der Minister des Innern es ehrlich damit meint, das Spitzelthum zu beseitigen, aber es gelingt ihm nicht, die Spigel von seinen Rockschößen abzusütteln. So lange Ausnahmegeetze bestehen, muß spionirt werden. Sie werden noch ein blaues Wunder erleben, wenn wir Ihnen mit Thatfachen kommen werden. Auch die Hoch- und Landesoberprokessoren, die Majestätsbeleidigungsprokessoren, die Geheimbündnisse sind die astigen Früchte von dem Giftbaum des Sozialistengesetzes. Man hat gesagt, daß dieses Gesetz in der Zusammenlegung der Beschwerdeforschung eine Rechtsgarantie uns gebe. Ich glaube gern, daß der deutsche Richter durchaus nach Pflicht und Gewissen handelt. Aber der deutsche Richter ist wie jeder andere Mensch nicht unsehbar, er kann sich der politischen Atmosphäre, in der er lebt, nicht entziehen, und diese Atmosphäre, das Streberthum, Denunziantenthum, die einseitige Parteipolitik führt mit Nothwendigkeit zu einseitigen Entschendungen auch im Richterstande. Wenn es wahr ist, daß man uns mit dem allgemeinen Recht viel besser paktan kann, als mit dem Sozialistengesetz, warum erhält man das Gesetz aufrecht? Antwort, weil man gerade die Polizeiwilktür will. Der deutsche Philister denkt Wunder, was hinter einem Geheimbündnisse steckt, die deutschen Arbeiter werden wegen Handlungen bestraft, welche erst durch das Sozialistengesetz künstlich zu Verbrechen gestempelt worden sind, und welche andere Parteien ungestraft thun dürfen, nämlich wegen Verbreitung von Zeitschriften, die in anderen Ländern nicht verboten sind, wegen Organisation der Massen, Unterstützung ihrer Kometaden u. s. w. Man hat diese Prozesse mit den Herrenprokessoren verglichen. Nicht ganz mit Recht. An jene Vergehen glaubte damals Jedermann, an diese glaubt heute im Ernste Niemand. Die Wissenschaft hat uns Recht gegeben. Bei diesen Prozessen kommen kuriose Sachen vor. In drei Instanzen ist dieses Tuch (Rebner zeigt unter großer Heiterkeit des Hauses ein buntes Sechtuch vor) als eine sozialdemokratische rothe Fahne erklärt worden. Das ist in Sachen passirt. Können Sie es da der Masse des Volkes verargen, wenn ihr der Glaube an das Recht vollständig abhanden gekommen ist? Das Koalitionsrecht ist den Arbeitern genommen, die Fachvereine werden verboten. Der preussische Polizeibeamte Jacher, der schon hüber eine Broschüre über die Sozialdemokratie geschrieben hat, führt im „Deutschen Wochenblatt“ aus, daß den deutschen Arbeitern wieder einmal Gelegenheit gegeben werden müsse, auf der Basis des Gesetzes ihre Fachvereine zu gründen, so könnten die Zustände nicht fortauern. Was ist aus dem Versammlungrecht der Arbeiter geworden? Wenn auch der Minister die Beamten rest fixirt: es bleibt doch Alles in das persönliche Ermessen derselben gestellt. Der eine Polizeibeamte ist etwas cholischer, der andere phlegmatischer; der eine hat vorher gut gegessen, der andere nicht, daher gefüllt dem letzteren etwas nicht und er löst die Versammlung auf. Das Sozialistengesetz ist zunächst gegen uns gemacht, es wird aber in immer weiterem Bogen geschwungen, bis es eine der anderen Oppositionsparteien laßt. Die „Freien Blöden“, ein freireligiöses Organ, ist von der Leipziger Behörde als ein sozialdemokratisches Umlenkorgan angesehen worden. Die fortschrittliche „Volks-Zeitung“ ist auch auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden. Sie wollen den Staat und die Gesellschaft retten. Das sind Sie doch nicht allein, die Arbeiter gehören auch zum Staat. Ich hasse Ihre Gesellschaft und Ihren Klassenhaß ehrlich, aber er hat Macht genug, und mit dem Kopfe kann man ihn nicht einrennen. Sie brauchen eben ein Polizeigesetz, weil Sie die modernen Ideen, die Ihnen unangenehm sind, beseitigen wollen. Sie sprechen von sozialem Königthum; niemals ist aber ein Monarch so in den Parteikampf hineingerissen worden wie hier bei uns; Sie haben gerade die Unparteilichkeit des Königs zerstört. Wenn es einen Klassenstaat giebt, so ist es Deutschland; und

wenn es einen Staat giebt, wo das soziale Königthum keine Berechtigung hat, so ist es Deutschland, wo das Königthum ganz und gar Partei geworden ist. (Unruhe rechts.)
Präsident v. Levetzow: Diese Aeußerung kann ich nicht zulassen, sie beschimpft unser Königthum.
Abg. Liebknecht (fortfahrend): Ich sage nur, daß das Königthum in den Parteikampf hineingerissen worden ist. (Unruhe rechts.) Die Bergarbeiter glauben sich an das soziale Königthum vertrauensvoll wenden zu können und was ihnen an den Monarchen. Wie wurden sie empfangen? Es wurde ihnen gesagt, wenn Ihr nicht Ordre parirt, lasse ich alles über den Haufen schießen. (Unruhe rechts.) Die Aeußerung stand in allen Zeitungen. Und der König sagte weiter, er werde für die Bergarbeiter Alles thun, wenn sie Ordnung hielten. Sie haben musterhafte Ordnung gehalten; wie sind aber die ausgesprochenen Absichten vom „sozialen König“ verwirklicht worden? Es ist im Wesentlichen Alles beim Alten geblieben. Selbst konservative Blätter haben über die Kohlenbarone geschimpft, die auf das Wort des Königs nichts gegeben haben. Der Klassenhaß ist eben mächtiger als der Monarch, und so er noch so mächtig. Thatsächlich ist auf die Bergarbeiter geschossen worden, und im Ganzen haben sie zusammen 250 Jahre an Zuchthaus und Gefängniß während des Streiks erhalten, während es zum Aufruhr eigentlich nicht gekommen ist. Der Londoner Dodard-Heft hat sich selbst gesehen. Es ist ebenso elementar entstanden, ohne sozialdemokratisches Zutreten. Welche Angst hat man aber hier bei einem Streik, und wie ruhig ist man in London geblieben! Dort mühte sich die Polizei, wie die Bürger und die Aristokratie, daß die Arbeiter nur die Koalitionsrecht ausühten, wenn Hunderttausende durch die Straße zogen. Das freie England ist so stark, daß es von keiner Bevölkerungsclasse etwas zu fürchten hat. Geben Sie auch die Freiheit, so werden wir englische Zustände haben. Im Anfang dieses Jahrhunderts wurde den englischen Arbeitern auch einmal das Koalitionsrecht genommen, aber 1825 wieder hergestellt, weil infolge der Unterdrückung die Arbeiter sich in geborenen Organisationen zusammenschlossen und zu Gewaltthatigkeiten übergingen. Seit 1825 befindet sich die englische Arbeiterbewegung in vollständig friedlichen Bahnen. Der Arbeiter in England ist ein gleichberechtigtes Wesen, nicht ein Staatsbürger zweiter Klasse, wie bei uns. Die Wirkung dieser Freiheit ist die Ruhe, deren England sich erfreut. (Lache rechts: Der englische Arbeiter hat nicht mal das Wahlrecht!) Nur noch ein ganz kleiner Theil ist vom Wahlrecht ausgeschlossen. Studiren Sie bei ein Bischen, ich kenne die englischen Verhältnisse besser als Sie. (Heiterkeit links.) Was haben Sie mit dem Zudeckert Ihre Sozialreform ausgedacht? Kein Arbeiter wird dadurch der Sozialdemokratie fortgelockt. Diese Gesetze können keine Wirkung haben. Sie sind nichts werth. Ohne Staatssozialismus kommen Sie auch nicht mehr aus. Wir werden als staatsfeindlich hingestellt. Wer hat das Recht, zu sagen: Ich bin der Staat! Sie nicht! Keine Regierung! Wer will hören Alle zum Staat. Im Staat aber herrscht eine Partei, und der sind wir feindlich. Darum aber sind wir nicht Feinde des Staates. Im Gegentheil wollen wir dem Staat eine Form geben, daß er eine Wohlthat für das ganze Volk sei. Ihre Gesetzgebung geht darauf aus, einer kleinen Minorität zu nützen, und die Majorität zu knechten, damit sie nicht Opposition macht. Wir sind gerade eine eminent staatsliebende Partei. (Lachen rechts.) Die Sozialdemokratie ist allein im Stande, den heutigen Staat mit Lebenskraft und Blut zu erfüllen. Wir sind auch in dem Sinne eine staatsliebende Partei. Wir wollen den organischen Fortschritt, während Sie auf die mechanische Gewalt der Polizei und Soldaten rechnen. Mit physischer Gewalt läßt sich aber kein Staat. Wir wissen auch, daß wir mit Gewalt nichts ausrichten würden. Sie aber, die Sie die Gewalt brauchen, sind staatsfeindlich. Gewalt ist öfter von Ihnen angewendet worden; das Deutsche Reich ist auch nicht mit Rosenwasser und Pfaffen zu Stande gekommen, sondern durch Blut und Eisen. Die Gewalt ist Sache des Anarchismus. Sie verwechseln uns mit dem Anarchismus. Vom Regierungssicht ist ja gesagt worden: Uns sind die Anarchisten lieber als die Sozialdemokraten. Sie glauben mit dem Sädel Alles niederhalten zu können. An diesem Glauben sind aber schon Napoleon und andere Staatsmänner, die klüger waren als die heutigen, gescheitert. Sie alle, meine Herren, sind Anarchisten, sowohl Herr Hartmann, Sie auch. Anarchismus nennt man die absolute Regelloshheit in der heutigen Gesellschaftsordnung, das ist die Definition der Anarchie. Die Zeit ist da, wo die Welt entweder anarchisch oder sozialistisch ist, und Sie, die Sie die heutige Gesellschaftsordnung erhalten wollen, fürzen damit den heutigen Staat. Gestern wurde uns der Vorwurf gemacht, daß wir das Vaterland ziemlich wurst sei, daß uns die Regierung wurst sei, wenn sie nur gut sei. Das letztere ist richtig. Aber Sie sind doch nicht das Vaterland, und wir sind hundert Mal mehr Patrioten wie Sie. Wir wollen nur den heutigen Staat verjüngen, und es fragte sich, ob Sie dieses auf gesetzlichem Wege durchführen wollen, oder die Gesellschaft in den Abgrund hineinschleudern. Der Sozialismus ist die Partei, auf welche der Staat und die Staatsmänner, wenn es solche gäbe, sich stützen müßten. Jeder zielbewußte Arbeiter ist Sozialdemokrat und die es nicht sind, überlassen wir Ihnen, bis sie gesteckt werden. Was ist Deutschland ohne die Arbeiterlassen? Wenn Sie auswandern, würde Deutschland immer bestehen; wenn aber alle Arbeiter auswandern, würden Sie verhungern. Alle Arbeiter sind empört über dieses Gesetz; Sie stoßen sie von sich, diejenigen die Ihre Schlägen schlagen, wenn das Vaterland in Gefahr kommen sollte. Der Sozialismus will einen neuen Geist in die heutige Gesetzgebung einführen. Wir sind bis jetzt niemals die Besiegten, die Geschlagenen sind Sie. Sie kennen alle das Märchen vom dem Bauer und dem Kobold. Der in jeder Ecke seines Hauses von dem bösen Geist beunruhigte Bauer steckt schließlich sein Haus an und fährt mit seinen Siebensachen davon, nur um den Kobold los zu werden. Wie er aber auf dem Wagen sitzt, hört er die Stimme des Kobolds: Es wird dort sehr heiß und es ist gut, daß wir nun fort sind. Sie werden die Sozialdemokratie so wenig los werden, wie jener Bauer den Kobold, aber Sie werden auch das Haus in Brand, in dem wir Alle wohnen. Bei der französischen Revolution ging ein neuer Hauch durch die Welt, es war die Revolution des dritten Standes. In Deutschland wollten aufgeklärte Geister sich dem Hauch der Neuzeit nicht verschließen und die Reform, die in Frankreich gemeinsam eingeführt war, hier auf gesetzlichem Wege durchführen. Männer wie Stein, die damals aber noch nicht am Ruder waren, gedöckten dieser Richtung an. Eine andere Partei aber wollte sich auf die Arme Friedrichs des Großen stützen, sie war schneidig und glaubte jeden Widerstand niederzupressen zu können. Doch es kam anders; die Niederlage in der Champagne, es kam Jena. Da erst wandte man sich an jene Staatsmänner, die sich dem Hauch der Neuzeit nicht widerlegen wollten: Stein und Hardenberg kamen ans Ruder (Lachen rechts) und diese führten, wie Ihr Parteigenosse v. Treitschke sagt, die soziale Revolution der Städteordnung durch. Auch heute stützen Sie sich auf das Meer, wo wieder eine neue Idee in die Welt gekommen ist: die Befreiung nicht des Dürstertums, sondern des vierten Standes. Es gilt für die alte bürgerliche Gesellschaft neue Formen zu schaffen, und dieser Forderung verschließen Sie sich. Sie stehen jetzt am Scheidewege, und die Katastrophe ist nicht fern; ein neues und größeres Jena. Ich will nicht an Ihr Gefühl appelliren für meine Parteigenossen. Aber das Interesse des Vaterlandes, Ihr eigenes Interesse steht auf dem

Spiele Staaten zerstören ist leichter, als Staaten gründen. (Sehr wahr! Sehr richtig! recht.) Wir können für eine Kommissarberatung nicht stimmen, rufen Ihnen aber zu: Thun Sie, was Sie nicht lassen können, wir werden unser Schuldigkeits nicht verjagen.

Des Haus verlegt sich um 4 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der Beratung).

Kommunales.

Zu den Kommunalwahlen. Von einer Versammlung sozialdemokratischer Vertrauensmänner, die am Sonntag im Lokal des Herrn Henke, Blumenstr. 38 stattfand, wurde beschlossen, den Wählern 3. Abtheil. folgende Herren als Kandidaten bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zu empfehlen; 11. Wahlbezirk: Tischler Fritz Jubel; 13. Wahlbezirk: Cigarrenhändler Otto Klein; 14. Wahlbezirk: Rechtsanwalt Arthur Stadthagen; 15. Wahlbezirk: Stadtverordneter Franz Tugauer; 17. Wahlbezirk: Cigarrenhändler Börner; 24. Wahlbezirk: Gastwirth G. Tempel; 27. Wahlbezirk: Gastwirth O. Heimdorf; 33. Wahlbezirk: Vergolder Emil Böhl; 35. Wahlbezirk: Expedient R. Herzfeldt; 41. Wahlbezirk: Kaufmann Boglietti; 42. Wahlbezirk: Gastwirth Grindel. Die definitive Aufstellung dieser Kandidaten soll in den Wähler-Versammlungen der bezüglichen Bezirke erfolgen.

Lokales.

Das Steigen der Fleischpreise in Berlin kennzeichnet nachstehende Tabelle, welche aus den Monatsheften des kaiserlichen Statistischen Amtes zusammengestellt ist. Die Preise sind die im Großhandel für 100 Kilogramm in Mark gezählten und verstehen sich bei Rindern, Kälbern und Hammeln für Fleischgewicht, d. i. das voraussichtliche Gewicht der vier Viertel, auf welche der Stückpreis des Thiers nach Abzug des verhältnißmäßigen Verfalls von Haut, Kopf und Schlachtabfällen (Kram) vertheilt wird; bei Schweinen ist das Lebendgewicht mit 20 pCt. Tara zur Berechnung gezogen. Bezüglich der Qualität sei bemerkt, daß bei den Rindern das Mittel aus den Preisen für IIa., bei den Schweinen die höchste Notirung für IIa., bei den Kälbern die niedrigste Notirung Ia. und bei den Hammeln das Mittel aus den Preisen für Ia. gilt. Im Uebrigen erhebt man aus der Tabelle, daß die Preissteigerung für Rinder, Schweine und Kälber noch im September angehalten hat, während das Hammelfleisch bereits im August seinen höchsten Stand erreicht hatte. Am niedrigsten stand das Rindfleisch im Januar d. J., das Schweinefleisch im Dezember, das Kalbfleisch im März, das Hammelfleisch im Mai. Bis zu letzterem Monat zeigen überhaupt alle Preise einen schwanfenden Charakter, dann aber beginnt die allgemeine Steigerung, bei der das Schweinefleisch in Folge des Einfuhrverbots allen anderen Fleischsorten weit voraus eilt. Die beiden letzten Spalten der Tabelle ergeben, wie groß die Preisveränderungen im letzten Jahre in absoluten Zahlen und in Prozenten gewesen sind. Man erzieht daraus, daß das Schweinefleisch seit September v. J. um 30 pCt., das Kalbfleisch um 17,7 und das Rindfleisch um 7,7 pCt. billiger ist, während das Hammelfleisch infolge des Preisrückganges im September um 3,3 pCt. billiger ist, als vor einem Jahre.

Berliner Fleischpreise im Großhandel pro 100 Kilogramm.

	Sept. 1888	Oktober 1888	Nov. 1888	Dez. 1888	Jan. 1889	Febr. 1889	März 1889	April 1889
Rinder	96,00	93,40	91,75	91,80	86,50	88,25	89,00	92,00
Schweine	96,00	98,00	95,00	92,80	95,00	100,00	103,00	102,00
Kälber	87,00	98,00	95,00	95,60	96,50	92,00	83,50	93,60
Hammel	96,00	91,00	90,25	85,60	88,00	90,75	94,00	88,40

September 1889 theurer (+) bez. billiger (-) als September 1888.

	Mat 1889	Juni 1889	Juli 1889	August 1889	Sept. 1889	absolut in pCt.
Rinder	92,50	95,50	101,40	103,50	103,40	+ 7,40
Schweine	97,00	100,00	110,40	122,00	124,80	+ 28,80
Kälber	91,00	92,50	92,00	100,00	102,40	+ 15,40
Hammel	85,50	90,50	96,40	100,00	92,80	- 3,20

Widerum ist eine neue Straße für den öffentlichen Verkehr freigelegt worden. Es ist dies die Straße 5 des Bebauungsplanes, welche wie alle Seitenstraßen der Wienerstraße von dieser bis zum Landwehrkanal durchgeht. Außer der Geinauerstraße, deren Durchführung wegen Schwierigkeiten mit den Grundstücksbesitzern noch nicht erfolgen konnte, ist hier nur noch eine Straße, die letzte des Bebauungsplans, freizulegen, dann wird die ganze Gegend südlich vom Götter Bahnhof von einem Netz rechtwinklig angelegter Verkehrswege durchzogen sein. Vor reichlich 15 Jahren mußte man in dieser Gegend noch über eine große Wiese gehen, deren mooriger Grund sich unter den Füßen elastisch senkte; heute erheben sich ringsum stattliche Häuserreihen, und die überaus rege Bauhätigkeit wird die noch vorhandenen Lücken bald ausgefüllt haben. Als ein sehr schwerer Uebelstand wird das Fehlen einer Brücke über den Landwehrkanal empfunden. Durch sie würde für diesen Stadttheil ein großartiger Aufschwung herbeigeführt werden, indem sie den Weg nach dem benachbarten Rixdorf erheblich verkürzen und die große Ebene, das frühere Spreebett, bis nach Johannisthal hin für Bauzwecke erschließen würde. Die Terrainverhältnisse sind hier so günstig, daß Berlin sich noch über eine volle Quadratmeile hinaus ausdehnen, also fast das Doppelte seiner jetzigen Größe erreichen könnte.

Ein Stadtbrief hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I hinter den Rechtsanwalt Dr. Felix Sohn erlassen. Die Beschreibung des Flüchtlings ist folgende: Alter 39 Jahre, Größe: 1,60 Meter, Statur: unterseht, Haare: dunkelblond, Stirn: frei, Bart: dunkelblonder Vollbart, Augenbrauen: dunkelblond, Augen: ein Glasauge, Nase: gewöhnlich, Gesicht: oval, Gesichtsfarbe: gesund, Sprache: deutsch. Besondere Kennzeichen: trägt blaues Gewand.

Durch „groben Insult“ vor dem sicheren Tode bewahrt. Eine autregende Szene entwickelte heute Morgen gegen 9 Uhr die zahlreichen Passanten der Alten Schönhauserstraße, Ecke der Rinkenstraße. Den Fehdamm dieser Ecke wollte um genannte Zeit die 42jährige Wittwe Großmehl, Neue Königsstraße wohnhaft, überschreiten, als ein Pferdebahnwagen der Linie Pantow-Rathshaus heranfuhr, vor welchem vorbei jedoch Frau G. das gegenüberliegende Trottoir erreichen wollte. Die Unbesonnenheit glitt aber auf den Schienen aus, kam direkt vor den Pferden zu Fall und obwohl der aufmerksame Kutscher mit aller Gewalt bremste, gelang es ihm nicht mehr, den Wagen zum Stehen zu bringen. Schon hatte sich das rechte Vorderrad bis auf wenige Zentimeter dem Kopfe der am Wagen entgleitete und so zum Stehen gelangte. Auf der rechten Schiene hatte ein Stein gelegen, welcher muthwillig von Rinderhand hingeworfen, die Entgleisung des Wagens zur rechten Zeit verursachte und Frau G. vor dem drohenden Tode des Uebelthäters bewahrte. Abgesehen von einigen leichteren durch den Fall verursachten Kontusionen kam die Wittwe G. mit dem bloßen Schreck davon und konnte sich allein, ohne weitere Hilfe, nach Hause begeben.

Ein Heberfall ist dem „B. Z.“ zufolge in der Nacht zum Montag an dem Gärtler Hermann Schwarz im Humboldthain verübt worden. Der Genannte hatte sich vorher mit seiner Braut in einem Lokale auf dem Gesundbrunnen befunden und war dort mit einem Manne in Streit gerathen, weil dieser das junge Mädchen belästigt hatte. Auf dem Weg nach seiner Behausung in der oben bezeichneten Gegend angelangt, wurde er von seinem Begner, der sich im Gedächtnis verborgen gehalten, gepackt und durch einen Messerstich schwer verletzt.

Wegen Mordangriffs auf seine Frau wurde der Schneider B., in der Gormannstraße wohnhaft, vorgestern verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben. Am Freitag kam B. ziemlich betrunken nach Hause und versuchte seine Frau, die sich bereits zur Ruhe begeben hatte, zu erwürgen. Die kleinen Kinder des Ehepaares waren 3 Finger der That, wozien aber aus Furcht vor dem Vater, der sie bereits wiederholt mißhandelt hatte, wenn sie bei seinen Zwistigkeiten mit der Frau auf Seite der Letzteren traten, nicht nach Hilfe zu rufen. Der Frau gelang es, sich nach verzweifeltem Ringen dem Manne zu entwinden und bei Nachbarn ein Unterkommen zu finden. Unfriede mit der Frau scheint der Grund der schrecklichen That zu sein.

Ein bedauerwerther Unglücksfall trug sich am gestrigen Vormittag in dem Hause Volksgartenstr. 1 zu. Die dort wohnhafte Cigarrenmacherin Pauline Stroth stürzte beim Abwischen von Bildern von einer Leiter und kam so unglücklich auf einer Bettstelle zu Fall, daß sie eine lebensgefährliche Verletzung durch Zerreißen innerer Organe erlitt. Der zu Hilfe gerufene Arzt ordnete die schleunige Ueberführung der Verletzten nach dem Lazaruskrankenhause an. Der Zustand der unglücklichen Frau St. giebt leider gar keine Hoffnung auf Genesung.

Hausdurchsuchung. Gestern morgen gegen 10 Uhr wurde bei dem Metallzieher Herrn Grieh, Hermannstraße 24 in Rixdorf, eine polizeiliche Hausdurchsuchung nach verbotenen Schriften abgehalten. Gefunden wurden zwei Lieberbücher und einige Nummern des in London erscheinenden Sozialdemokrat.

Polizeibericht. Am 2. d. M. Nachmittags fiel der Rauscher Begehr vor dem Hause Strelitzerstr. 23 von seinem Arbeitswagen herab und zog sich eine Quetschung des rechten Armes und des Unterleibes zu, so daß er nach dem Lazaruskrankenhause gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde der aus dem Schleifischen Bahnhofe beschäftigte Postkassierer Henning beim Ueberschreiten der Gasse von einer Rangirlokomotive erfaßt und gegen die Bordschwelle des Bahnsteigs gedrückt. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb. — Am 3. d. M. Vormittags fiel in der Küche der Wittwe Scholz, Münzstr. 23, ein zweijähriger Knabe einen auf dem Fußboden stehenden Kessel mit kochendem Wasser um und erlitt dadurch so schwere Brandwunden am ganzen Körper, daß er nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Mittags wurde ein Tapezierer in seiner Werkstatt in der Liegnitzerstraße erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde in der Gasse der Straße, vor dem Hause Nr. 33, ein Buchbinder von einem Soldaten umgerannt und erlitt dabei einen Bruch des rechten Beines, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit erlosch sich auf dem Hofe des Grundstücks Schützenstraße 13 im Uebiritt ein Handlungsgehilfe. — Abends wurde ein Schlosser in seiner Wohnung in der Müllerstraße erhängt vorgefunden. — Kurze Zeit darauf fand vor dem Barteischen Tanzlokal, Brunnenstraße 145, eine Schlägerei statt, wobei der Schmied Schulz eine bedeutende Schnittwunde am Arm und der Maurer Marisch mehrere Messerstiche in den Hinterkopf erlitt. Die Verletzten wurden nach der Charitee gebracht. — Im Laufe des Tages fanden an vier verschiedenen Orten kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden. — Am 4. d. M. Vormittags versuchte ein Stadtfreisender in seiner Wohnung in der Gartenstraße sich durch einen Schuß mittelst eines Revolvers in den Mund zu tödten, brachte sich jedoch nur eine Verletzung im Gesicht bei und wurde nach der Charitee gebracht. — Zu derselben Zeit stürzte der Arbeiter Schaubert auf dem Hofe des Grundstücks Prinzeßinnenstr. 19 in die leere Achsgrube und erlitt dadurch anscheinend schwere innerliche Verletzungen. — Nachmittags war in der Wohnung des Köpfers Casse, Franzstr. 17, auf bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer entstanden. Beim Eindringen in die mit Rauch erfüllte Stube wurde die 4jährige Tochter desselben erstickt vorgefunden. — Abends sprang ein Musiker in selbstmörderischer Absicht von der Kronprinzenbrücke in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht.

Gerichts-Beilage.

Die Grünan-Affaire vom Jahre 1887 scheint nun doch selig entschlafen zu wollen. Es wird uns folgendes, an den Maler Herrn Hermann Dornbusch gerichtetes Schreiben zur Veröffentlichung übergeben: Königl. Reichsgericht Göppingen, den 30. Oktober 1889. In der Strafsache gegen Sie C 57/89 wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 21. Oktober 1878, werden Sie hierdurch benachrichtigt, daß die Staatsanwaltschaft die Klage hat fallen lassen. Beglaubigt Kramer als Gerichtsschreiber. — Nun hat Europa doch endlich vor dieser Seealange Ruhe.

Ein beispielloses Ecnismus hatte bei Gelegenheit einer Verdrigung eine Gesellschaft aus bürgerlichen Kreisen an den Tag gelegt, die gestern vor dem Schöffengerichte am Amtsgericht II stand. Sie bestand aus dem Maurermeister Löwe, dem Zimmermeister Rau und dessen Ehefrau, dem Hausverwalter Pohl nebst Frau und dem Fuhrherrn Strud. Die Angeklagten waren miteinander eng befreundet und machten Sonntags regelmäßig Ausfahrten mit einander. Nun hatte Rau einen Schwiegervater, einen alleinlebenden Rentier, der sich über die Einsamkeit seiner alten Tage durch ein freundschaftliches Verhältnis mit einer jungen Dame hinweg zu täuschen suchte, die in dem von Pohl verwalteten Hause in der Schulendorferstraße wohnte. Da Rau und seine Frau annahmen, daß der alte Herr seiner Freundin mancherlei Zuwendungen macht und sie das Vermögen desselben bereits als ihr Eigenthum betrachteten, jede Schmälerung desselben daher auch als einen Angriff auf ihre Edele anfaßen, so waren sie auf den alten Herrn wie auf dessen Freundin nicht wenig erbittert und diese Erbitterung wurde von der ganzen Gesellschaft freundschaftlich mitempfunden. Im Februar d. J. starb die betreffende Dame am 13. Februar sollte dieselbe auf dem Friedhofe der Dankeskirchgemeinde beerdigt werden. Löwe war an dem Beerdigungstage im Sterbehause gewesen, hatte Tag und Stunde der Beerdigung in Erfahrung gebracht und seinen Freunden mitgetheilt. Da es gerade Sonntag war, so beschloß man, die für den Nachmittag angelegte Schlittenpartie nach dem Dankeskirchhofe zu lenken. So geschah es denn auch. Als der Beichzug ankam, begleitete die Gesellschaft denselben. Dabei bedrahteten die Angeklagten mit lauter Stimme die gemeinsten und widerlichsten Redensarten. Dieses Gebahren wurde auch auf dem Friedhofe und am offenen Grabe fortgesetzt. So spie Löwe laut in das Grab hinein; Frau Pohl rief einigen Knaben zu: „Jungens, wenn das Grab wird zugefüllt sein, dann trampelt recht derbe darauf rum, damit das O... A... um so schneller verfaul.“ Frau setzte sich auf ein Grab und rief die ärgsten Föten, dieselben mit schimpflich gemeinen Gesten und Körperbewegungen begleitend. Wäre nur die Verstorbene beschimpft

worden, so würden die Angeklagten wahrscheinlich straflos abgegangen sein, da ihnen die Dehnbarkeit des Begriffes „widere besseres Wissen“ zu Gute gekommen sein würde, aber sie beschimpften und beleidigten auch die Leidtragenden und Verwandten der Verstorbenen direkt. Unter Anderem soll der Fuhrherr Strud, der einen von den beiden Schlitten der Gesellschaft fuhr, den Leidtragenden zugerufen haben: „Soll ich Euch alle miteinander nach dem Molkenmarke fahren?“ Der Bericht kam zunächst der Zimmermeister Rau in eine schiefere Situation. Er wollte noch unbescholten sein, aus dem zur Stelle gestaffelten Personalisten wurde ihm aber ein langes Strafmaß wegen Diebstahls u. s. w. vorgehalten. Der Gerichtshof nahm an, daß die Gesellschaft nur nach dem Kirchhof gekommen sei, um die Beerdigung zu hören, weshalb eine strenge Bestrafung am Plage schmerzhaft und unbillig war freigesprochen werden mußte, weil sich nicht mit voller Bestimmtheit habe erweisen lassen, ob sie die ihnen zur Last gelegten Aeußerungen auch wirklich selbst gethan, die übrigen Angeklagten seien aber sämmtlich überführt und dem Grade ihrer Theilnahme entsprechend streng zu bestrafen. Deshalb sei Löwe zu 100 Mark, Frau Pohl zu 150 Mark, Rau zu 300 und dessen Frau zu 100 Mark zu verurtheilen und für den Fall des Unvermögens für je 5 Mark ein Tag Gefängnis zu substituieren gewesen. Wegen der Art der inframirierten Aeußerungen und Handlungen war während der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden.

Der Gerichtsvollzieher Johann Carl Hermann Pohl und dessen Bureauvorsteher Paul Adam y stunden gestern unter der Anklage des Amtsvergehens vor der 4. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Herr Pohl ist bezüglich seiner Geschäftsführung nicht ganz vorwurfsfrei; das ergibt sich aus der Thatsache, daß er bereits 11mal mit Disziplinarstrafen belegt worden ist. In dem jetzt zur Anklage stehenden Fall handelt es sich um ein Vergehen gegen § 348. Pohl wird beschuldigt, als Beamter recht erhebliche Thatsachen vorzüglich falsch in die Register eingetragen, Adamy aber, ihm dabei Hilfe geleistet zu haben. Der Vertreter des Café Central in Halle, Herr Ose, hatte gegen einen hier anlässigen ehemaligen Theaterdirektor eine gerichtliche erstrittene Forderung von 67,50 M., mit deren Eintreibung der Gerichtsvollzieher Pohl betraut wurde. Derselbe begab sich am 8. Februar in die Wohnung des Schuldners, wo er nur die Ehefrau antraf. Dieselbe erklärte, daß die vorhandenen Möbel nur Leihmöbel seien, der Gerichtsvollzieher legte aber die Siegel an und setzte gleich einen Versteigerungstermin auf den 28. Februar an. Als der Schuldner von seiner Ehefrau das Vorgefallene erfuhr, begab er sich sofort auf das Bureau des Gerichtsvollziehers, zahlte an den Vorsteher Adamy 20 M. ab und erwirkte von demselben die Genehmigung von Theilzahlungen. Diese Theilzahlungen leistete der Schuldner auch mehrere Male, in den Akten des Angeklagten Pohl ist jedoch weder hierüber etwas vermerkt, noch ist die Bewilligung von Theilzahlungen irgendwie registriert oder dem Gläubiger bekannt gegeben worden. Als letzterem die Zeit zu lang wurde, fragte er am 24. März bei Pohl nach dem Stande der Sache und erhielt darauf einen so wenig befriedigenden Bescheid, daß er sich bei dem aufsichtsführenden Amtsrichter beschwerte. Letzterer forderte am 8. April den Pohl zur Einreichung seiner Akten auf, dieselben gelangten aber erst am 15. April in die Hände des Gerichts. In der Zwischenzeit ereignete es sich, daß Herr Ose in Halle nicht nur sein Geld erhielt, sondern daß auch der Angeklagte Adamy zu demselben reiste, um ihn zu bewegen, die Beschwerde zurückzunehmen. Herr Ose war auch gutmüthig genug, dem Bittsteller auf sein dringendes Ersuchen eine Bescheinigung darüber mitzugeben, daß ohne sein Wissen in seiner Abwesenheit von einem Familienmitgliede dem Schuldner Aufschub gewährt worden sei. Ueber diese angebliche Thatsache, wie über mehrere in der Angelegenheit des obigen Korrespondenzen fanden sich betr. Registraturen in den Akten, dagegen fehlten solche über einige dem Schuldner gemachten Mittheilungen und als das Amtsgericht die Akten sehr genau durchsah, kam es zur Ueberzeugung, daß die verschiedenen Registraturen über die Theilzahlungen, Fristwahrungen u. den Thatsachen nicht entsprechen konnten, sondern wahrscheinlich nachträglich erst in die Akten gekommen sind, um die vorgelommenen Unregelmäßigkeiten zu verdecken. — Beide Angeklagten bestritten jede Schuld und behaupteten, daß etwaige Unregelmäßigkeiten nur auf die im Orange der Geschäfte leicht erklärlichen Vergeßlichkeiten oder unterlassener Uebertragung von Bleistiftnotizen zurückzuführen seien. Der Staatsanwalt hielt den § 348 für zweifellos verletzt und beantragte gegen Pohl vier Monate, gegen Adamy zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof zog es aber doch vor, auf Freisprechung zu erkennen, da er trotz aller belastenden Momente es doch nicht für ganz ausgeschlossen erachtete, daß die Angeklagten den Vorfall einer Aktenfälschung nicht gehabt, sondern nur aus Vergeßlichkeit Verthümer begangen haben.

Soziale Uebersicht.

In die Fabrikanten der Tabakbranche wendet sich die Lohnkommission der Tabakarbeiter mit folgendem Schreben: Gebieter Herr! In einer am 14. Oktober d. J. stattgefundenen Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung wurde von der, in einer vorhergegangenen Versammlung gewählten Lohnkommission der ausgearbeitete Lohnarif von sämtlichen Anwesenden, ca. 1000 Personen, einstimmig angenommen. Die Motivirung des Lohnarifs wurde mit dem Hinweis darauf gegeben, daß die Lebensbedürfnisse seit geraumer Zeit etwas gestiegen, und es daher jedem in der Tabakbranche befindlichen Arbeiter sowohl wie jeder Arbeiterin unmöglich ist, bei den jetzt bestehenden Löhnen ihre notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Wenn nun endesunterzeichnete Lohnkommission Ihnen den nachstehenden Lohnarif hiermit unterbreitet, so erwartet und hofft dieselbe, daß Sie den Tarif akzeptieren und somit dem Wunsche der hiesigen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Rechnung tragen werden. Im Voraus glauben wir annehmen zu dürfen, daß Sie von keinem Vorurtheil befangen sind, sondern daß Sie den Lohnarif prüfen und dann selber erkennen werden, daß die darin aufgestellten Forderungen in keiner Weise als unbillige betrachtet werden können. Indem wir Sie freundlich ersuchen, Ihre werthe Antwort an einen der unterzeichneten Kommissionsmitglieder bis zum Sonnabend, den 9. November cr., gelangen zu lassen, bemerken wir noch, daß wir jeder Zeit zu mündlichen und schriftlichen Mittheilungen gern bereit sind. Die Lohnkommission. J. A.: O. Gumpel, NO., Barnimstr. 36, 4 Trepp; W. Herrmann, O. Krauststr. 50a, 4 Tr. Der Rinkal-Lohnarif der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins lautet: 1. Für Zigarrenarbeiter. 6 M. Rollerlohn auf Formarbeit. 9 M. Rollerlohn für Handarbeit. 16,50 M. Arbeitslohn für Handarbeit, bei welcher der Zigarrenmacher sich die Witzel selbst macht und vollständig zubereitetes Material erhält (gerippte Einlage, aufgesetztes Umblatt und Deckblatt). 18 M. Arbeitslohn für Handarbeit, ohne zubereitetem Umblatt und Einlage, aber aufgesetztem Deckblatt. 10,50 M. Arbeitslohn für Hausarbeit und Form 16,50 M. Arbeitslohn für Hausarbeit auf Hand. Die sogenannte „Wilde Handarbeit“ mit dem System Schaper (3 Forme) ist der Lohnarif 9 M. Rollerlohn und 5,50 M. Witzelmacherlohn gleich zu stellen. Bei schwereren Façons oder schlechterem Material treten höhere Lohnsätze nach Vereinbarung ein. 2. Für Zigarren-Sortierer. 0,80 M. ohne jede Rebenarbeit. 1,05 M. mit Rebenarbeit. 3. Für Witzelmacher. 3,50 M.

Lohn auf Formarbeit. 5.50 M. Lohn auf Handarbeit. (Alles per Mille). Sämtliche Nebenarbeiten, wie W. d. Lehren etc., sollen fort. 4. Für Pächter oder Zureicher des P. d. St. u. f. w. 12 M. Wochenlohn. 5. Für Tabak-Ripper. 9 M. Wochenlohn.

Versammlungen.

Ziemlich lebhaft war der Verlauf der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 5. Berliner Reichstagswahlkreis, welche am Montag im Saale der Brauerei „Königstadt“ ihren Anfang nahm. Die Verhandlungen wurden mit der Verlesung einer Resolution eröffnet, welche den Kaufmann Alb. Auerbach als Kandidaten wählte. Der Vorsitzende, Herr Friedrich Berndt, unterstützte diesen Antrag, indem er ausführte, daß, nachdem Redakteur Curt Boake einen Kandidatur abgelehnt habe, der Vorstand sich nach geeigneten Persönlichkeiten umgesehen habe und zu dem Schluss gekommen sei, Alb. Auerbach als den geeignetesten vorzuschlagen. Auerbach sei augenblicklich bettlägerig und am Erscheinen verhindert sei. Er habe dagegen erklärt, daß er eine Kandidatur anzunehmen bereit sei. Herr C. Boake tritt für die Kandidatur Auerbach's ein. Auerbach sei zwar noch jung, aber ein überzeugter Genosse, der die Fähigkeit besitze, eine intensive Agitation zu entwickeln, die im 5. Wahlkreis unbedingt nötig sei, um die große Masse der Unaufgeklärten zu überzeugen. Herr Auerbach glaubt kaum, daß man einen Kandidaten proklamieren könne, der sich nicht vorgestellt habe, der nicht anwesend sei. Der Stadthaus fragt an, warum man Großhe nicht wieder anstelle. Er habe sich in Halle, wo Großhe wohnt, nach diesem erkundigt und allerdings erfahren, daß er keinen besonders regen Anteil mehr an der Agitation in der letzten Zeit nehme. Doch sei dies kein Grund, ihn fallen zu lassen. Es wäre als Handwerker der geeignete Kandidat für den V. Wahlkreis. (Widerpruch.) Herr Auerbach will doch nicht so leicht über die Nützlichkeit des S. hinweggehen. Dann habe aber S. bekanntlich bei den 1887er Stichwahlen einen offenen Brief im Berliner Volksblatt erscheinen lassen, in dem er seine Wähler aufgefordert, für den Deutschfreisinnigen zu stimmen. Als Grund, diesen Brief zu schreiben, habe Großhe angegeben, er sei von verschiedenen Wählern des V. Wahlkreises um Rath in dieser Angelegenheit befragt worden. Nun sei aber Niemandem von solch einer Anfrage um Rath bekannt gewesen; auf eine Aufforderung der Genossen Berndt und Franke hin, die Namen zu nennen, habe Großhe dies abgelehnt. Ein Mann, der so mit der Wahrheit umspringe, könne er (Berndt) nicht seine Stimme geben. Herr Stadthaus will nicht ohne Weiteres einen Abwärtenden verurtheilt sehen und schlägt vor, daß der Vorstand des Wahlvereins noch einmal Erkundigungen bei S. einziehe. (Ruf: Oho.) Herr Gubbert ist anderer Meinung. Aber es fertig bekommen, 3 Jahre lang zu schlafen, sei entschieden kein geeigneter Mann. Der Umstand, ausgewiesen zu sein, gebe doch noch keinen Freibrief ins Parlament. Dieser Umstand berechtige auch nicht, sich von jeder Agitation fernzuhalten. Herr Hippmann weist darauf hin, daß es gewiß ein Bedeutesendes sei, wenn Auerbach die sozialistischen Ideen in den Kreisen der Kaufleute zu verbreiten suche, wobei er überall auf Vorurtheil und Widerstand stoße. Nach langer Debatte, in deren Verlauf noch die Herren Drechsler Otto Wolff und Mechaniker Jacobit, der augenblicklich in Pflügen eine 3jährige Gefängnisstrafe abmacht, als Kandidaten vorgeschlagen wurden, wird beschlossen, eine neue Versammlung einzuberufen, in der diese Frage endgültig erledigt werden soll. Bis dahin soll sich der Vorstand nach geeigneten Kandidaten umsehen. Hieraus hielt Herr Curt Boake einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Die nächsten Wahlen und ihre Bedeutung. Es wurden hierauf folgende Resolutionen einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel des Volkes geeignet sind, die Lasten der Schnapsbrenner und Krautjunker auf Kosten des Volkes zu füllen, die Lebenslage des Volkes dagegen immer mehr drücken, fordert die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis den Reichstag auf, diese Zölle zu beseitigen.“ Ferner: „Die v. Versammlung beschließt, nur bei solchen Schank- und Gastwirthlichen zu verkehren, welche das Berl. Volksblatt und die Berliner Volks-Tribüne auszuliegen haben, und dahin zu wirken, daß sämtliche Schank- und Vereinsabstellen nur bei solchen Wirthen errichtet werden, die sich mit den Arbeitern solidarisch erklären.“ Hierauf schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. — Nächste Versammlung am Dienstag bei Bölow, Prenzlauer Allee.

Eine stark besuchte Volksversammlung tagte, wie wir nachträglich noch zu melden haben, am Sonntag vor acht Tagen in der „Gambinusbrauerei“ in Charlottenburg. Versammelt wurde die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins für den Reichstagswahlkreis Lettow-Beeslow-Charlottenburg. Der provisorische Vorstand wurde aus den Herren Bernick, Hepp, Schürz, Dransfeld und Voigt gebildet, nachdem vorher die Statuten ein bloc angenommen waren. Herr Buchdrucker Wilhelm Werner, der Kandidat des Kreises, hielt hierauf einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die „Deutschfreisinnige Partei und die Arbeiter“, an den sich eine ausgedehnte Debatte angeschlossen. Sodann wurde in Sachen der Lokalfrage verhandelt. Geladelt wurde das Verhalten des Reparaturers Herrn Bodrich, der zuerst versprochen, sein Lokal zu allen Versammlungen herzugeben, nun aber nicht Wort hält. Beschlossen wurde ferner, das Bier der Spandauer Brauerei und der Berliner Bärenbrauerei (die letztere hat inzwischen nachgegeben. Red.) nicht zu trinken und die Produkte von Bolle und Loeser u. Wolff nicht zu kaufen. Auch ein weiterer Antrag fand Annahme, in welchem die Arbeiter Charlottenburgs sich verpflichten, nur bei denjenigen Wirthlichen zu verkehren, welche das „Berl. Volksblatt“ und die „Volks-Tribüne“ halten. Mit einem dreifachen begeisterten Ausgenommen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Der Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen (Zahlstelle Berlin) hielt am Montag, den 28. Oktober, seine erste Generalversammlung in Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75, ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verlesung der Statuten. 3. Wahl der gesammten Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes. — Auf Antrag des Herrn Behrendt wurde der zweite Punkt der Tagesordnung an Stelle des ersten Punktes gesetzt. Der Vorsitzende verlas die Statuten; an denselben schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Die Herren Volkstropf und M. Behrendt machen auf die Schäden und Nachtheile im Goldschmiedgewerbe aufmerksam, besonders auf die übermäßig lange Arbeitszeit, welche allein die Schuld an dem geringen Durchschnittslohn der Goldschmiede trage. Die Redner legten den Anwesenden den Anschlag an den Verband warm an's Herz. Herr Volkstropf tritt außerdem ganz energisch für die obligatorische Einführung des Organs „Der Goldarbeiter“ ein. Herr Christoph glaubt die Bedenken einiger Kollegen zerstreuen zu müssen, welche glauben, daß die Akkordarbeit nun mit der Einführung des Vereins sofort fallen müsse; das könne erst nach und nach geschehen. Redner hält die Festsetzung eines Minimallohnes für das Wichtigste und kommt zu dem Schluss, daß es für die Goldschmiede beschämend sei, wenn die Ausgelohnten 12—15 M. pro Woche verdienen. Es wird nun die

obligatorische Einführung des Organs beschlossen, es soll dafür ein Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche erhoben werden. Zu Punkt 2 ließen sich ungefähr 200 Mitglieder aufnehmen durch Erlegung der Eintrittsgelder und des ersten Wochenbeitrags. Hierauf wird zur Wahl der Ortsverwaltung Berlin geschritten. Es wurden gewählt die Herren: S. Haber, Goldarbeiter, Köpenickerstr. 56, 4 J., 1. Vorsitzender; R. Brüdner, Silberarbeiter, Mariannenstr. 10, 2. Vorsitzender; F. Zeuge, Silberarbeiter, Mariannenstr. 30, 1. Kassirer; O. Damm, Silberarbeiter, Gräfestr. 18, 2. Kassirer; Heinemann, Silberarb., Wienerstr. 68, Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Herren Tschentscher, Silberarbeiter, Waldemarstraße 69, und Achilles, Goldarbeiter, Annenstraße 6, gewählt. Zu Punkt 4, „Verschiedenes“, wird beschlossen, die Mitglieder-Versammlungen jeden zweiten und vierten Montag im Monat stattfinden zu lassen. Herr Lindemann wünscht, daß in der nächsten Versammlung über die Preßkommission verhandelt würde, und es wird deshalb beschlossen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Mit der Mahnung an die Anwesenden, treu zusammenzuhalten und thätig für den Verband zu agitiren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Allen Kollegen, welche die zweite Nummer der Zeitung noch nicht erhalten haben, zur Nachricht, daß dieselbe in Hamburg konfirmirt wurde wegen eines Artikels „Zufriedene Arbeiter“. Voraussichtlich wird das Verbot wieder aufgehoben und dann erhalten sämtliche Kollegen die Nummer zugestellt.

Eine zweite öffentliche, wiederum sehr zahlreich besuchte Formerversammlung tagte am 4. d. M., Abends, im Saale der Norddeutschen Brauerei und beschäftigte sich nochmals in sehr eingehender Weise mit der Arbeitseinstellung der Schwarztopffischen Formner und halte die Versammlung weiter den Zweck, Stellung zu nehmen gegen die vom Verein der Eisengießer und Maschinenfabrikanten versandten schwarzen Listen. Der Betriebsingenieur der Schwarztopffischen Fabrik, Herr Leiden, war zu dieser Versammlung eingeladen worden, derselbe hatte aber dankend abgelehnt. Wie der Vorsitzende mittheilte, hat der Verein der Berliner Eisengießerien und Maschinenfabriken ein Rundschreiben an die Interessenten gerichtet unter Anhang einer schwarzen Liste, d. h. einem Namensverzeichnis derjenigen Arbeiter, welche keine Arbeit erhalten sollen und sollen die Vereinsmitglieder bei einer Konventionalsatzung von 1000 M. verpflichtet worden sein, die Arbeitsliste bis zum 1. Juni n. J. innezuhalten. In der folgenden Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß alles gethan worden sei, um mit der Leitung der Schwarztopffischen Fabrik eine Einigung zu erzielen, jedoch ohne Erfolg. Der Leiden verlangte unbedingt Ansehn, was jedoch nie und nimmer geschehen werde. Auch wurde besonders betont, daß mit der Firma Schwarztopff gar nicht mehr zu rechnen sei, daß sich die Spitze der Bewegung jetzt vielmehr gegen den Fabrikanten zu wenden habe. Insbesondere wurde bekräftigt, nicht mit auswärtigen Formnern zusammenzuarbeiten, bevor nicht die streikenden Formner von Schwarztopff untergebrückt sind, um den Fabrikanten die Macht der Formner fühlen zu lassen. Die Kollegen der Firma Salinger sind, wie mittheilte wurde, noch dieser Richtung hin mit gutem Beispiele vorgegangen. Die schwarzen Listen der Fabrikanten fanden in der Versammlung eine vernichtende Verurtheilung und wurde allseitig die Solidarität der Berliner Formner mit den Schwarztopffischen Kollegen hochgehalten. Mit schöner Einmütigkeit trat die Versammlung, in welcher die möglichensten Namen vertreten waren, für die streikenden Schwarztopffischen Formner ein, mit schöner Einmütigkeit wurden diejenigen verurtheilt, welche die Plätze in der Schwarztopffischen Gießerei eingenommen haben. Auch der Vorsitzende des Fachvereins der Kernmacher erklärte sich namens seines Vereins mit den Schwarztopffischen Formnern solidarisch. Nach mehrstündiger erregender Debatte gelangte als Ausdruck der Willensmeinung der Versammlung folgende Resolution mit allen gegen 2 Stimmen zur Annahme: „Die heutige große öffentliche Formerversammlung spricht nach Anhörung aller Gründe dem Vereine der Eisengießerien und Maschinenfabrikanten, sowie allen denjenigen Fabrikanten, welche die von dem vorgenannten Vereine in Szene gesetzte Maßregel unterstützen, ihre tief empfundene Verachtung aus. Zur Kenntniß aller Berliner Bürger veröffentlicht wir dieselbe. Selbige lautet: „Jeder Eisengießerbereiber verpflichtet sich laut Unterfertigung der Androhung von 1000 M. Konventionalsatzung bis 1. Juni nächsten Jahres (1880) keinen der Formner einzustellen, welcher auf Grund der Differenz bei Schwarztopff die Arbeit eingestellt hat.“ Da man also unsere Kollegen auszunutzen will, so verpflichten wir uns demgegenüber, daß wir von jetzt an nicht eher wieder mit einem fremden Kollegen zusammen arbeiten, ehe nicht die auf diese Art gemahregelten Kollegen in Arbeit gebracht sind. Wir stellen in jeder Gießerei die Arbeit ein, wo anders gehandelt wird. Jedoch ist vor jeder Arbeitseinstellung der Vorstand des Fachvereins der Formner dazun zu verständigen. — Zum Schluss wurde „Verschiedenes“ verhandelt und beschlossen, dahin zu wirken, daß von den Gastwirthlichen, bei denen die Arbeiter verkehren und ihre Versammlungen abhalten, auch die Berliner Arbeiterblätter „Volksblatt“ und „Volks-Tribüne“ gehalten werden.

Eine gut besuchte öffentliche Tischlererversammlung tagte am Sonnabend, den 2. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Karhaus zu Friedenau für Friedenau, Steglitz und Umgegend. Nach Wahl der Herren Mohr, Kluth und Bergmann ins Bureau erhielt der Referent Herr Wiedemann aus Berlin das Wort zu seinem Vortrage über Zweck und Ziel der gewerkschaftlichen Organisation. Redner löste seine Aufgabe im fünfviertelstündigen Referat in glänzender Weise, so daß er den Beifall der Versammlung erntete. Daraufhin wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 2. November im Karhaus zu Friedenau tagende öffentliche Tischlererversammlung für Friedenau, Steglitz und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie beschließt, in Erwägung, daß der Einzelne gegen die Uebermacht des Kapitals nicht ankämpfen vermag, sich sämtlich dem „Deutschen Tischlerverband“ anzuschließen. Ferner beschließt dieselbe, für Friedenau, Steglitz und Umgegend eine Zahlstelle des „Deutschen Tischlerverbandes“ zu errichten, und beschließt, eine Kommission von drei Mann zu wählen, welche die Einleitung dieser Sache übernimmt.“ Nach Wahl der Kommission wurde im Besonderen hervorgehoben, daß vorläufig nur im Karhaus zu Friedenau zu verkehren sei, da sonst kein anderes Lokal den Arbeitern von Friedenau und Steglitz zur Verfügung steht. Nachdem noch darauf aufmerksam gemacht wurde, nur auf das „Berliner Volksblatt“ und „Volks-Tribüne“ zu abonniren, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem dreifachen Hoch auf die Einigkeit der Tischler Deutschlands geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Wäschegeschneider und verwandten Berufsgenossen fand am Donnerstag den 31. Oktober 1880, im Saale der Brauerei Königstadt statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die gewerkschaftliche Organisation und deren Nutzen, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Der Referent, Herr A. Schulz, sprach unter allgemeinem Beifall der Anwesenden. Eine Resolution wurde angenommen, welche das Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen des Referenten ausdrückt. Zum dritten Punkt wurde noch folgender Antrag eingebracht: die heute in Brauerei Königstadt tagende, öffentliche Versammlung der Wäschegeschneider und verwandten Berufsgenossen wolle beschließen, in den nächsten 14 Tagen eine neue Versammlung einzuberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Ist der achtstündige Arbeitstag laut Beschluß des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris in unserer Branche durchführbar? 2. Sind die Zuschneider Berlins in der Lage, mit dem jetzigen Lohn bei den theuren Lebensmittelpreisen als Mensch zu existiren? Das derzeitige Bureau wird

ersucht für eine thätigste Agitation Sorge zu tragen. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Es findet infolge dessen die nächste Versammlung der Wäschegeschneider und verwandten Berufsgenossen am 18. November 1880 im Saale der Brauerei Königstadt Abends 8 1/2 Uhr statt. Die Versammlung wird noch besonders durch Flugblatt und Säulenanschlag den Kollegen bekannt gegeben werden.

Der Fachverein der Sattler und Berufsgenossen tagte am Dienstag, den 20. v. M., bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48, mit folgender Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Kollegen Bordin über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Da zum 1. Punkt der Tagesordnung sich niemand zum Wort meldete, so hielt Kollege Bordin sofort sein Referat. Redner schilderte in längeren Ausführungen die Entwicklung der Menschheit von der untersten Stufe der Wildheit bis jetzt und erntete für seinen lehrreichen Vortrag reichen Beifall. An der Diskussion theilnahmen sich mehrere Redner, welche sich im Sinne des Referenten ausdrückten. Unter Verschiedenem wurde noch darauf aufmerksam gemacht, von Bolle keine Meiereiprodukte mehr zu kaufen ebenso von der Firma Loeser und Wolff keine Zigarren zu nehmen.

Nichtgenossene Versammlung. Eine zu Mittwoch, den 6. November, angeordnete Volksversammlung im Paulsenhäuschen Rongstr. 45, zur Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und ihre Bedeutung“, Referent: B. Wolff, erbielt nicht die nöthige Genehmigung.

15. Kommunalwahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 88 bis 85. Obige Wähler-Versammlung am Mittwoch, den 6. November, Abends 5 Uhr, im Reiz Salon, Rammelsstr. 27, Tagesordnung: 1. Besichtigung der verlesenen Stadtdirektorischen Listen. 2. Diskussion 3. Aufnahme eines Kandidaten. 4. Verschiedenes. Alle Wähler des 15. Kommunal-Wahlbezirks sind unterhalb der Parteien sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung des 14. Kommunalwahlbezirks am Mittwoch, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschafts-Saal „Dierich“, Allee der Kurfürstenstr. 45. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtdirektorischen Wahlen Referent: Gustav Tempel. 2. Aufnahme eines Kandidaten. 3. Verschiedenes.

Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung hielt im Mittwoch, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Kaufmann's Salon, Junckerstr. 144, statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtdirektorischen Wahlen. Referent: Emil Böhl. 2. Aufnahme eines Kandidaten bei 8. Wahlbezirk. 3. Diskussion. Zur Deckung der Unkosten findet eine Lotterieverlosung statt.

Verein für Technik und Gewerbe. Mittwoch, den 6. November, Abends 9 Uhr: Vortrag des Herrn Carl Müller über „Beschäftigen die Mittelklassen“.

Große öffentliche Versammlung der Schneider Berlins am Mittwoch, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Lokale, Alte Jakobstr. 75. Tagesordnung: 1. Anhang der modernen Arbeiterbewegung Referent: Herr Behrendt. 2. Die neue 6. Kommunalwahl der Arbeiter Referent: 3. Verschiedenes u. d. Fragekasten.

Große öffentliche Sabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung am Mittwoch, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Schneider-Garten. Tagesordnung: 1. Der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung. 2. Die Bedürfnisse in der Fabrik der letzten Arbeit u. d. Bildung. 3. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 4. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 5. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 6. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 7. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 8. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 9. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 10. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 11. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 12. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 13. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 14. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 15. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 16. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 17. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 18. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 19. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 20. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 21. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 22. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 23. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 24. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 25. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 26. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 27. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 28. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 29. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 30. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 31. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 32. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 33. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 34. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 35. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 36. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 37. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 38. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 39. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 40. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 41. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 42. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 43. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 44. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 45. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 46. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 47. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 48. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 49. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 50. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 51. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 52. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 53. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 54. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 55. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 56. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 57. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 58. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 59. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 60. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 61. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 62. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 63. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 64. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 65. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 66. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 67. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 68. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 69. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 70. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 71. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 72. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 73. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 74. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 75. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 76. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 77. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 78. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 79. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 80. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 81. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 82. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 83. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 84. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 85. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 86. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 87. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 88. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 89. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 90. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 91. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 92. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 93. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 94. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 95. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 96. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 97. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 98. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 99. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 100. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 101. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 102. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 103. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 104. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 105. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 106. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 107. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 108. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 109. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 110. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 111. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 112. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 113. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 114. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 115. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 116. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 117. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 118. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 119. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 120. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 121. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 122. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 123. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 124. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 125. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 126. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 127. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 128. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 129. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 130. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 131. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 132. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 133. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 134. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 135. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 136. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 137. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 138. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 139. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 140. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 141. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 142. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 143. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 144. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 145. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 146. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 147. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 148. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 149. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 150. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 151. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 152. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 153. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 154. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 155. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 156. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 157. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 158. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 159. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 160. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 161. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 162. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 163. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 164. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 165. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 166. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 167. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 168. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 169. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 170. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 171. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 172. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 173. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 174. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 175. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 176. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 177. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 178. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 179. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 180. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 181. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 182. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 183. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 184. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 185. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 186. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 187. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 188. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 189. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 190. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 191. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 192. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 193. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 194. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 195. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 196. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 197. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 198. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 199. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 200. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 201. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 202. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 203. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 204. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 205. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 206. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 207. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 208. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 209. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 210. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 211. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 212. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 213. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 214. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 215. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 216. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 217. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 218. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 219. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 220. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 221. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 222. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 223. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 224. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 225. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 226. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 227. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 228. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 229. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 230. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 231. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 232. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 233. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 234. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 235. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 236. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 237. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 238. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 239. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 240. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 241. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 242. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 243. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 244. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 245. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 246. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 247. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 248. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 249. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 250. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 251. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 252. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 253. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 254. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 255. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 256. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 257. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 258. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 259. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 260. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 261. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 262. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 263. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 264. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 265. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 266. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 267. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 268. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 269. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 270. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 271. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 272. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 273. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 274. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 275. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 276. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 277. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 278. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 279. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 280. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 281. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 282. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 283. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 284. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 285. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 286. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 287. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 288. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 289. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 290. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 291. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 292. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 293. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 294. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 295. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 296. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 297. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 298. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 299. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 300. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 301. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 302. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 303. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 304. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 305. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 306. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 307. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 308. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 309. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 310. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 311. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 312. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 313. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 314. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 315. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 316. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 317. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 318. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 319. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 320. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 321. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 322. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 323. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 324. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 325. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 326. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 327. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 328. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 329. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 330. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 331. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 332. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 333. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 334. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 335. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 336. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 337. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 338. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 339. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 340. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 341. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 342. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 343. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 344. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 345. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 346. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 347. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 348. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 349. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 350. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 351. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 352. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 353. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 354. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 355. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 356. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 357. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 358. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 359. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 360. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 361. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 362. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 363. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 364. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 365. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 366. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 367. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 368. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 369. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 370. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 371. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 372. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 373. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 374. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 375. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 376. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 377. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 378. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 379. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 380. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 381. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 382. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 383. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 384. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 385. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 386. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 387. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 388. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 389. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 390. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 391. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 392. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 393. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 394. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 395. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 396. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 397. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 398. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 399. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 400. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 401. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 402. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 403. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 404. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 405. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 406. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 407. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 408. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 409. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 410. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 411. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 412. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 413. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 414. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 415. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 416. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 417. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 418. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 419. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 420. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 421. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 422. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 423. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 424. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 425. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 426. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 427. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 428. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 429. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 430. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 431. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 432. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 433. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 434. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 435. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 436. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 437. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 438. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 439. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 440. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 441. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 442. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 443. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 444. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 445. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 446. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 447. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 448. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 449. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 450. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 451. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 452. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 453. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 454. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 455. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 456. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 457. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 458. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 459. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 460. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 461. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 462. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 463. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 464. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 465. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 466. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 467. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 468. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 469. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 470. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 471. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 472. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 473. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 474. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 475. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 476. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 477. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 478. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 479. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 480. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 481. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 482. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 483. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 484. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 485. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 486. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 487. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 488. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 489. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 490. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 491. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 492. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 493. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 494. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 495. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 496. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 497. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 498. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 499. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 500. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 501. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 502. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 503. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 504. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 505. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 506. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 507. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 508. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 509. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 510. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 511. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 512. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 513. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 514. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 515. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 516. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 517. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 518. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 519. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 520. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 521. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 522. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 523. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 524. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 525. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 526. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 527. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 528. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 529. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 530. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 531. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 532. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 533. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 534. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 535. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 536. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 537. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 538. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 539. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 540. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 541. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 542. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 543. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 544. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 545. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 546. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 547. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 548. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 549. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 550. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 551. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 552. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 553. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 554. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 555. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 556. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 557. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 558. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 559. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 560. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 561. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 562. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 563. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 564. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 565. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 566. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 567. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 568. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 569. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 570. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 571. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 572. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 573. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 574. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 575. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 576. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 577. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 578. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 579. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 580. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 581. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 582. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 583. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 584. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 585. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 586. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 587. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 588. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 589. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 590. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 591. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 592. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 593. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 594. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 595. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 596. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 597. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 598. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 599. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 600. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 601. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 602. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 603. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 604. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 605. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 606. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 607. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 608. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 609. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 610. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 611. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 612. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 613. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 614. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 615. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 616. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 617. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 618. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 619. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 620. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 621. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 622. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 623. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 624. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 625. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 626. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 627. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 628. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 629. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 630. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 631. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 632. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 633. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 634. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 635. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 636. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 637. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 638. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 639. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 640. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 641. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 642. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 643. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 644. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 645. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 646. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 647. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 648. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 649. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 650. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 651. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 652. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 653. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen. 654. Die Bedürfnisse der Arbeiterinnen.

Parteilosen!

Der Tag der Kommunalwahlen rückt heran; in Erfüllung unserer Pflicht rufen wir Euch zu: Unterstützt uns in jeder Weise, daß wir überall da, wo wir in die Wahl eintreten, zum Siege gelangen.

Alle Genossen, die uns am Tage der Wahl, sowie vorher, unterstützen wollen, fordern wir hiermit auf, ihre Adressen entweder bei uns oder bei den nächstehenden Vertrauensleuten abzugeben.

Das Zentral-Wahlkomitee.

- Otto Klein, Vorf., Ritterstr. 15 (Zigarrengeschäft).
- Otto Krüger, Kassirer, Wassertorstr. 20 (Zigarreng.).
- Franz Tuhauer, Köpckeplatz 24 (Möbelhandlung).
- Otto Heindorf, Langestr. 70 (Studateur).
- Johann Gnadt, Brunnenstr. 38 (Gastwirth).
- Kug. Wuttig, Solmsstr. 2 (Tischler).
- Franz Morbach, Laufgraben 3 (Konditor).

Vertrauensleute:

- Bezirk: Wuttig, Tischler, Solmsstr. 2, v. 3 Tr.; Reherau, Maler, Heimstr. 2, Hof 2 Tr.; Gabicht, Tischler, Bellealliancestr. 22, Hof 2 Tr.; Grube, Bellealliancestr. 54, Keller; Banisch, Schlosser, Solmsstr. 7, Hof 1 Tr. r.; Seidel, Rottstr. 13, v. 4 Tr.
- Bezirk: Pohl, Skaliperstr. 123, S. 1 Tr.; Schnieper, Rottbuler Damm 8, 3 Tr.; Vießländer, Liegnitzerstr. 37, S. 2 Tr.; Köhler, Raunynstr. 11, S. 1 Tr.; Robert Krüger, Mantelwälderstr. 67, S. 3 Tr.
- Bezirk: Karl Scholz, Wrangelstr. 30; Emil Berndt, Mantelwälderstr. 127, 2 Tr.; Theodor Wegner, Raunynstr. 72, Hof, Seitenfl. 3 Tr.; Karl König, Köpckeplatz 26, Hof 1 Tr.; Hermann Franke, Eisenbahnstr. 32, 3 Tr.
- Bezirk: Herzfeld, Kürbringerstr. 17, 2 Tr.; Herrmann, Ritterstr. 110; Wölter, Mariannenplatz 23; Prinz, Reichenbergerstr. 72; Stranewitz, Waldemarstr. 28.
- Bezirk: Börner, Ritterstr. 108; Krause, Prinzenstr. 6, v. 4 Tr.; Kohlhard, Mariannenstr. 34; König, Gitschinerstr. 34; Wendi, Brandenburgstr. 35.
- Bezirk: Louis Wanderlich, Ostbahn 12; Karl Meyer, Marktstraße 18, vorn 3 Tr.; Krause, Küstrimer Platz 10; Barth, Friedrichsfelderstr. 33; Mörchel, Münchbergerstr. 30.
- Bezirk: R. Kurze, Weberstr. 15a; J. Berndt, Ballisadenstraße 35, Hof 2, Eingang 3 Tr.; Bogasch, Friedensstraße 96b, S. 2 Tr.; J. Baasch, Wilmannsstraße 36, 4 Tr.
- Bezirk: Heitmann, Zigarrenarbeiter, Brunnenstraße 92; Marks, Töpfer, Brunnenstraße 6; Schreiber, Sattler, Gartenstraße 159; Beder, Schlosser, Gartenstraße 163; Butschke, Maurer, Gartenstraße 157.
- Bezirk: Gustav Koozmann, Wollinerstraße 69, 2 Treppen; A. Weiß, Rheinsbergerstr. 31; Georg Beder, Fürstenerstraße 1; Fritz Pump, Anklamerstr. 33; Heinrich Tamn, Brunnenstr. 36a.
- Bezirk: Mochert, Wiesenstr. 28; Weise, Maurer, Tegelerstraße 27; Knorr, Glasermeister, Köpckeplatz 11; Küter, Reinickendorferstraße 14a; Schatz, Schlosser, Reinickendorferstraße 52.
- Bezirk: Jacobi, Töpfer, Hochstraße 33b; W. Marten, Arbeiter, Eisenstraße 4; Kofschke, Maurer, Wiesenstraße 8; Ganschow, Maurer, Wiesenstraße 8; Gisholz, Maurer, Badstr. 14.

NB. Die Wählerlisten der einzelnen Bezirke werden vom Sonntag, den 10. d. Mts., bis zum Sonntag, den 17. d. M., in den noch näher zu bestimmenden Lokalen für die Genossen zur Einsichtnahme ausgelegt werden.

Gerichts-Beilage.

Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen bezw. Kartellträgerin standen gestern der Chemiker Georg Wolff und der Ingenieur Carl Elbers vor der III. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Es war am 21. Januar cr., als im Restaurant Franziskaner Leitzbräu die Angeklagten mit einer Gesellschaft am Bierische saßen, welcher

auch der schon in reiferem Mannesalter stehende Regierungs-Baumeister Simonsohn angehörte. Letzterer merkte, daß er von dem Studiosus Wolff offenbar gehänselt werden sollte und als dieser plötzlich den Krug des Baumeisters sogte und denselben nun auch nicht wieder loslassen wollte, nahm der ursprüngliche Scherz eine so unangenehme Form an, daß Herr Simonsohn seinem Gegner einen Schlag ins Gesicht versetzte. Dieser rüchte sich damit, daß er dem Baumeister mehrere Scroviellen an den Kopf warf und einen Rest Bier gegen ihn versprigte. Am nächsten Tage erschien der Angeklagte Elbers, der als erster Chargierter des Vereins der Schletter von Wolff darum ersucht war, bei Herrn Simonsohn und erklärte demselben, daß Wolff eine Revokation verlange, bei deren Ausbleiben er ihm aber eine Forderung auf Pistolen mit einmaligem Kugelmehrfel zu überbringen habe. Der Baumeister erwiderte, daß er bei seinem Alter gar nicht daran denke, sich zu schlagen und diese Forderung nur als einen Scherz aufwisse, da er sonst die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben müsse; er sei aber bereit, seinerseits zu revokieren, wenn dies auch auf der anderen Seite geschähe. Der Angeklagte Wolff hielt dieses Verhalten für inkompetentmäßig, folgte dem Rathe des Kartellträgers, die Sache auf sich beruhen zu lassen und so erhielt der Geforderte eine Postkarte des Inhalts, daß auf seine Bedingung nicht eingegangen werde. Diese Karte veranlaßte den Regierungsbaumeister Simonsohn, die Sache nunmehr der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Beide Angeklagte machten für sich geltend, daß es sich noch gar nicht um eine endgültige Forderung gehandelt habe, diese vielmehr nur unter Umständen in Aussicht gestellt worden war und daß sie schließlich doch freiwillig von dem Duell Abstand genommen haben. Der Staatsanwalt vermochte die vorgebrachten Strafausschließungsgründe nicht anzuerkennen, sondern beantragte gegen Wolff 2 Monate, gegen Elbers 1 Monat Festungshaft. Der Gerichtshof erkannte auf vier Wochen, bzw. zwei Wochen Festungshaft.

Doppelt bestraft wegen leichtfertigen Umgehens mit Petroleum ist die Arbeiters-Gefrau Elise Sohn, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand. Die Angeklagte suchte eines Tages das im Kamine erloschene Feuer in der so oft gerügten Weise wieder anzufachen, daß sie zur Petroleumflasche griff und etwas von dem Inhalte auf die glimmenden Kohlen schüttete. Die Unvorsichtigkeit rüchte sich furchbar, die Flamme theilte sich dem ganzen Inhalt der Flasche mit, es erfolgte eine Explosion und die Angeklagte stand im nächsten Augenblicke selbst in Flammen. Sie erlitt schwere Brandwunden und hat ein langwieriges und schmerzhaftes Krankenlager bestehen müssen. Da durch das brennende Petroleum aber auch die Dielen in Brand gerathen waren, so erhielt Frau Sohn noch eine Anklage wegen fahrlässiger Brandstiftung und mußte sie dieserhalb ihre Verurteilung zu einer Geldstrafe von 20 M. event. 4 Tage Gefängniß über sich ergehen lassen.

Ein ungarischer Hochstapler, der noch in der Entwicklung begriffen ist, es aber mit der Zeit noch weit bringen kann, stand gestern in der Person des Schreibers — oder, wie er sich stolz nennt, „Schriftstellers“ — Adolf Herschenhauser unter der Anklage des Diebstahls vor der I. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Der Angeklagte ist aus Ungarn hierher gekommen und hat bei einem hiesigen Rechtsanwalt einige Zeit lang die Stelle als Kanzlist bekleidet. Dann ging es ihm schlecht in Berlin, bis sich die Frau des Restaurateurs Konecke in der Friedrichstraße auf sein Flehen seiner erbarmte und ihm gestattet, ihren Kindern Schreibunterricht zu geben. Das war im Juli 1887. Der Angeklagte lag 14 Tage lang seinen Lehrpflichten ob, bis er eines Tages Gelegenheit fand, aus der Konecke'schen Privatwohnung in einem unbedachten Augenblicke einen Brillantring und eine goldene Damenuhr zu stehlen und damit zu verschwinden. Inzwischen scheint er allerlei Verfabren gemacht zu haben. Wenigstens behauptet er, daß er inzwischen in London und Paris war und von letzterem Orte glänzende Ausstellungsberichte an ungarische Blätter geschrieben habe. Ob er dazu im Stande ist, erschien dem Präsidenten sehr zweifelhaft. Zwar behauptete der Angeklagte, daß er das Gymnasium durchgemacht und auch ein Jahr die Universität Budapest besucht habe

— er hat aber im Untersuchungsgefängniß ein schriftstellerisches Nachwerk verfertigt, welches als überaus albern und dumm bezeichnet wurde. Aus einigen Postkarten geht ferner hervor, daß er hier Liebschaften unterhalten und im Interesse einer ungarischen Malerin, deren Bild er für 80 000 Mark verkaufen wollte, korrespondirt hat. Erst im Juni d. J. gelang es, ihn infolge des erlassenen Steckbriefes in Hamburg zu verhaften. Er bestritt natürlich mit großer Gewandtheit den Gelddiebstahl, wurde jedoch vollständig überführt und zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt.

Verleitung zum Meineide und Urkundenfälschung in vier Fällen wurde dem Schlächtermeister Franz Albert Grünmeyer zur Last gelegt, welcher gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand. Bekanntlich besteht die Verordnung, daß jedes von außerhalb eingeführte Stück Vieh von einem Atteste des Fleischbeschauers begleitet sein muß, worin bescheinigt wird, daß es vor der Schlachtung gelebt hat und anscheinend gesund gewesen ist. Trotzdem durch diese Maßregel den Schlächtern nur geringe Kosten und Umstände erwachsen, wird dieselbe doch vielfach umgangen. Der Angeklagte soll in vier Fällen derartige Atteste in der Weise umgeändert haben, daß er die Stückzahl der Köpfe willkürlich erhöhte und dadurch Vieh nach Berlin brachte, welches vorher nicht untersucht worden war. Als Grünmeyer hörte, daß die Untersuchung eingeleitet worden sei, begab er sich zu einem der Fleischbeschauer, dessen Attest er gefälscht hatte. Er verlangte von ihm, daß er sein Kontrollbuch in der Weise umändere, daß es mit dem gefälschten Atteste übereinstimme und als der Fleischbeschauer sich weigerte, brachte der Angeklagte eine Drohung zur Anwendung. In dieser Handlung findet die Anklagebehörde eine Verleitung zum Meineide, denn vor Gericht hätte der Fleischbeschauer die nachträgliche Abänderung im Kontrollbuche eidlich in Abrede stellen müssen. Der Gerichtshof hielt auch auf Grund der Beweisaufnahme die Verleitung zum Meineide für erwiesen, die Urkundenfälschung aber nur in einem Falle. Das Urtheil lautete auf ein Jahr drei Tage Zuchthaus und zweijährigen Ehrverlust; es sollen ein Monat und drei Tage Zuchthaus durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht werden.

Spuren im Sande. Beim Schankwirth Fanzelow am Elisabeth-Ufer wurde an einem Juli-Abende ein Diebstahl begangen. Aus einem neben dem Schanklokal belegenen Raume wurde eine Sparbüchse mit etwa 25 M. Inhalt gestohlen. Der Dieb war durch's Fenster eingekriegen. Für die Entdeckung des Thäters gab es weiter keine Anhaltspunkte als den Abdruck eines Stiefels in dem Sande des kleinen Vorgartens, welchen der Dieb hatte betreten müssen. Es mußte ein kleiner, zierlich gebauter Stiefel gewesen sein. Nur ein gewisser Johann Drabinsky, der viel im Fanzelow'schen Lokal verkehrte, hatte einen so kleinen Fuß. Die Polizei ließ ihn holen und jeder Zweifel mußte schwinden, als man seinen Stiefel mit den Fußstapfen im Sande verglich. Trotz dieses erdrückenden Beweises legte sich der Angeklagte im gestrigen Termine vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I einfach auf's Leugnen. Der Gerichtshof verurtheilte den bereits mehrfach Vorbestraften zu einer Gefängnißstrafe von einem Jahre und zweijährigen Ehrverlust.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend hatte zu Sonntag, den 3. d. M., eine außerordentliche Mitgliederversammlung nach dem Eiseller (Chauffeestraße) einberufen. Die gut besuchte Versammlung hörte in erster Linie einen Vortrag des Vorsitzenden, Herrn Hermerich, über „Zufriedenheit“. In seinen Ausführungen bekämpfte Redner die Zufriedenheit als den Hemmschuh jeden Kulturfortschritts und erklärte es für eine Nothwendigkeit, unzufrieden zu sein, um nicht zu verflumpen und den Drang nach Verbesserung zu erkranken. Die Berechtigung der Unzufriedenheit ergebe sich unter den heutigen Verhältnissen ganz von selber und Redner ermahnte namentlich auch die Unzufriedenheit dahin zu pflegen, daß die Kollegen nicht zufrieden sein sollen, daß die Ertrungenschaften des diesjährigen Lohnkampfes immer mehr verloren gehen. — In der folgenden Diskussion

Rothe Kreuz-Loose à 3 Mk. 11 Stück 30 Mk.
zur Ziehung am 19. November cr.
½ Ant. 1½ Mk., 11 Stck. 17½ Mk. (Porto und Liste 30 Pf.)

Cölner u. Weimar Loose à 1 Mk.
11 Stck. 10 Mk. (Porto und Liste 20 Pf.). Ziehung 14./11. und 14./12. cr.
empfehlen und versenden

Oscar Bräuer & Co., Bank- Berlin W., Geschäft, Leipzigerstr. 103.

Streng feste Preise!

HERREN-GARDEROBE

Adler & Baruch, 143, Oranienstraße 143, (am Moritzplatz u. Brandenburgstraße.)

Elegante Winterpaletots in größter Auswahl

von 29 Mark an.

Neuheiten in Stoffen zur Anfertigung nach Maß stets vorrätzig.

Streng feste Preise!

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am hiesigen Plage bekanntlich 1653

Größte Auswahl.

Garantirt sicher brennende Tabake. Strenge reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6 am Hadeschen Markt.

Jede Uhr zu repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.**

Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer Uhren. **Verkauf zu Fabrikspreisen.**

E. Rother, Uhrmacher.

1. Geschäft: **Andreasstr. 62.**
2. Geschäft: **Chausseest. 78.**

Ueber 25 000 Exempl. in 6 Monaten verkauft!

Die Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend

Preis: 60 Pfg., oder nach Einsendung von 70 Pfennig (in Briefmarken) franko durch die Verlagsbuchhandlung: **Handels-Druckerei Hamburg.**

Im Tuchgeschäft 1037 **Prinzenstraße 53,** Gegenüber der Turnhalle: **Herrn- und Knaben-Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider, Wintermäntel u. Auf Wunsch auch Scheidzahlungen.**

Nur 1 Mark [1472] kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher geschätzt.

Eleser, Uhrmacher (Fochmann), Raunynstraße 15, Ecke Mariannenstr.

Steppdecken- Fabrik, Oranienstr. 158, Emil Lefèvre. Große Auswahl Steppdecken in Seide, Wolle und Satin von 4 bis 30 Mark. Einzelne wenig beschädigte Steppdecken à 3 Mk. Illustrierte Preisliste gratis und franko.

Der Arbeitsnachweis der **Klavierarbeiter** befindet sich Raunynstraße Nr. 78 bei **Wintzer.** Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8-9 Uhr und Sonntags Vormittags von 10-11 Uhr, sowohl an Mitglieder als an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. **Die Arbeitsvermittlungskommission.**

wurde durch eingehende Schilderung der herrschenden Arbeiter- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe von den Herren Scheel und Grothmann klar gelegt...

Die Feilenhauer und Feilenschleifer hielten am 1. November im Wedding-Park, Müllerstraße 178, eine öffentliche Versammlung ab...

Dem Kassierer wurde Decharge ertheilt. In ein Vergnügungskomitee wurden die Kollegen Hahn, Weidner, Lohse, Lamm und Sey gewählt.

Berichtigung. In dem Bericht über die am Montag den 28. Oktober d. J. stattgehabte öffentliche Pufferversammlung...

2. Ziehung der 2. Klasse 181. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 5. November 1889, Vormittags. Nur die Gewinne über 105 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes, including entries like 58 141 290 413 623 828 961 1092 96 (150) 186 573 88 90 612 060...

2. Ziehung der 2. Klasse 181. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 5. November 1889, Nachmittags. Nur die Gewinne über 105 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes, including entries like 42 147 74 204 463 515 57 682 906 9 14 34 1101 386 531 757 65...

Table with lottery numbers and prizes, including entries like 120 48 86 376 95 401 10 12 50 77 68 502 23 97 688 70 751 858 71 77...

Table with lottery numbers and prizes, including entries like 98351 78 90 424 (300) 42 528 44 95 659 716 24 881 (150) 87 819 217...